

Konzernabschluss & Konzernlagebericht



2025

1. Konzern- Bilanz 31.12.2025

Aktivseite	Geschäftsjahr		Vorjahr
	TEUR	2025 TEUR	2024 TEUR
1. Barreserve		39.130	38.831
a) Guthaben bei Zentralnotenbanken	39.130		38.831
darunter:			
bei der Deutschen Bundesbank	39.130 TEUR		
(VJ: 38.831 TEUR)			
2. Forderungen an Kreditinstitute		2.306.461	2.026.819
a) täglich fällig	2.306.461		2.026.819
3. Forderungen an Kunden		2.981.900	3.137.671
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	656.153 TEUR		
(VJ: 661.569 TEUR)			
Kommunalkredite	3.096 TEUR		
(VJ: 3.315 TEUR)			
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		1.115.451	745.462
a) Anleihen und Schuldverschreibungen	1.115.451		745.462
aa) von öffentlichen Emittenten	0		0
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0 TEUR		
(VJ: 0 TEUR)			
ab) von anderen Emittenten	1.115.451		745.462
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.069.663 TEUR		
(VJ: 698.808 TEUR)			
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		99.914	44
5a. Handelsbestand		0	0
6. Beteiligungen		1.995	2.014
7. Anteile an assoziierten Unternehmen		23.065	22.097
darunter:			
an Kreditinstituten	13.935 TEUR		
(VJ: 12.145 TEUR)			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		264	1.118
9. Immaterielle Anlagenwerte		504	739
a) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	504		739
10. Sachanlagen		402.066	458.916
11. Sonstige Vermögensgegenstände		50.192	47.996
12. Rechnungsabgrenzungsposten		1.449	1.399
13. Aktive latente Steuern		8.589	3.256
Summe der Aktiva		7.030.980	6.486.361

In der Tabelle kann es zu Differenzen kommen, die auf Rundung zurückzuführen sind.

Passivseite	Geschäftsjahr		Vorjahr
	2025	2024	2024
	TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.888.061	2.063.908
a) täglich fällig	28		2
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.888.033		2.063.907
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		4.529.924	3.810.105
a) Spareinlagen	411.765		476.459
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	411.765		472.308
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	0		4.151
b) andere Verbindlichkeiten	4.118.159		3.333.645
ba) täglich fällig	3.309.278		2.697.856
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	808.881		635.789
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		44.000	44.000
a) begebene Schuldverschreibungen	44.000		44.000
4. Sonstige Verbindlichkeiten		12.806	25.972
5. Rechnungsabgrenzungsposten		212	403
5a. Passive Latente Steuern		7.517	9.751
6. Rückstellungen		21.816	25.893
a) Steuerrückstellungen	6.502		8.873
b) andere Rückstellungen	15.315		17.020
7. Nachrangige Verbindlichkeiten		89.208	89.196
8. Genussrechtskapital		45.307	45.092
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken		124.623	129.623
10. Eigenkapital		262.348	231.510
a) Gezeichnetes Kapital	41.395		36.112
b) Kapitalrücklage	124.171		108.674
c) Gewinnrücklagen	110.880		104.354
ca) andere Gewinnrücklagen	110.880		104.354
d) Konzernbilanzgewinn / -verlust	-22.699		-26.589
e) Nicht beherrschende Anteile	8.601		8.959
11. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung*		5.157	10.907
Summe der Passiva		7.030.980	6.486.361
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	92.248		98.314
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0	92.248	98.314
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0		0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen	0		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	129.801		238.987
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0	129.801	238.987

In der Tabelle kann es zu Differenzen kommen, die auf Rundung zurückzuführen sind.

*Umgliederung aus dem Eigenkapital

2. Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2025 – 31.12.2025

GuV	Geschäftsjahr		Vorjahr
	2025		2024
	TEUR	TEUR	TEUR
1. Zinserträge aus		128.049	125.502
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	122.586		115.316
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	5.463		10.186
2. Zinsaufwendungen		-76.753	-86.303
darunter:			
erhaltene negative Zinsen	74 TEUR (VJ: 77 TEUR)		
3. Laufende Erträge aus		2.856	4.172
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	663		45
b) Beteiligungen	1.174		425
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	1.019		3.702
4. Provisionserträge		6.681	6.128
5. Provisionsaufwendungen		-1.058	-956
6. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes		1.286	0
7. Sonstige betriebliche Erträge		37.300	24.001
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		-73.718	-67.438
a) Personalaufwand	-30.332		-26.203
aa) Löhne und Gehälter	-25.549		-22.445
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-4.783		-3.758
darunter:			
für Altersversorgung	269 TEUR (VJ: 238 TEUR)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-43.386		-41.235
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		-9.043	-7.013
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-8.716	-6.743
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-3.696	-4.931
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0	0
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-427	-14.090
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0	0
15. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		410	1.715
16. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		3.171	-25.956
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4.094	-12.474
darunter:			
latente Steuern	6.077 TEUR (VJ: 235 TEUR)		
18. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		-1	18
18a. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		5.000	12.000
19. Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag (-)		12.264	-26.412
20. Ergebnis nicht beherrschende Anteile		-865	-305
21. Gewinn- / Verlustvortrag (-) aus dem Vorjahr		-26.589	978
22. Einstellungen in Gewinnrücklagen		-1.295	-1.332
d) in andere Gewinnrücklagen	-1.295		-1.332
23. Änderungen des Konsolidierungskreises & sonstige Veränderungen		-6.214	482
24. Konzernbilanzverlust		-22.699	-26.589

In der Tabelle kann es zu Differenzen kommen, die auf Rundung zurückzuführen sind.

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2025

A. Allgemeine Angaben und Konsolidierungskreis

I. Aufstellung des Konzernabschlusses

Die Konzernmuttergesellschaft UmweltBank Aktiengesellschaft (nachfolgend auch UmweltBank oder UmweltBank AG) hat ihren Sitz in Nürnberg und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Nürnberg (HR B 12678).

Eine handelsrechtliche Konzernabschlusserstellungspflicht begründet sich für die UmweltBank in § 340 i HGB i.V. mit den §§ 290 ff. HGB. Demnach haben Kreditinstitute unabhängig von ihrer Größe einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen, sofern sie über mindestens ein Tochterunternehmen gemäß § 290 HGB verfügen. Die UmweltBank hält direkt und indirekt Mehrheitsbeteiligungen an mehreren Tochterunternehmen. Abgesehen davon, dass die größenabhängige Befreiungsmöglichkeit gemäß § 293 HGB durch § 340 i HGB außer Kraft gesetzt wird, wären die Größenklassen allesamt überschritten. Somit hat die UmweltBank AG grundsätzlich einen Konzernabschluss zu erstellen.

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2025 ist unter Beachtung der relevanten Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie der relevanten aktienrechtlichen Vorschriften und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Wertpapierinstitute (kurz: RechKredV) aufgestellt worden. Für das Geschäftsjahr 2025 wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die Darstellungen in Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung stetig angewendet, soweit nicht wie folgt anders dargestellt:

In der Konzernbilanz des Vorjahres wurde der passive Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung nach § 301 Abs. 3 HGB als Bestandteil des Eigenkapitals ausgewiesen. Die Korrektur des Ausweises erfolgte nach IDW HFA 6 in laufender Rechnung.

Auf die Erstellung einer Segmentberichterstattung wurde gemäß dem Wahlrecht des § 297 Abs. 1 HGB verzichtet.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt und in Tausend Euro (TEUR) erläutert, wodurch es zu Rundungsdifferenzen kommen kann. Alle Angaben im Anhang erfolgen in TEUR, soweit nicht anders angegeben.

II. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 werden neben der UmweltBank AG als Muttergesellschaft noch neun (Vorjahr: 9) Unternehmen im Wege der Vollkonsolidierung (§294 Abs. 1 HGB) und ein (Vorjahr: ein) Unternehmen im Wege der Quotenkonsolidierung (§310 Abs. 1 HGB) einbezogen.

Darüber hinaus werden sieben (Vorjahr: 8) assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode (§§ 311 Abs. 1 und 312 HGB) in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die Naturata AG wird aufgrund des fehlenden maßgeblichen Einflusses und ihrer untergeordneten Bedeutung nicht mehr im Konzernabschluss berücksichtigt (Vorjahr: Equity-Methode). Es werden 15 (Vorjahr: 16) Unternehmen gemäß § 296 HGB nicht konsolidiert, da sich diese entweder in Liquidation befinden oder die Berücksichtigung dieser Unternehmen für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung ist.

Details über die Zusammensetzung des Konsolidierungskreises und der nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind der Aufstellung des Anteilsbesitzes (Anlage 1) zu entnehmen.

Die Jahresabschlussstichtage der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen weichen nicht vom Stichtag des Konzernabschlusses ab.

B. Erläuterungen zu den Konsolidierungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

I. Konsolidierungsmethoden

Kapitalkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung im UmweltBank Konzern erfolgt durch Verrechnung des Wertansatzes der dem Mutterunternehmen gehörenden Anteile an einem in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen mit dem auf diese Anteile entfallenden Betrag des Eigenkapitals des Tochterunternehmens.

Das Eigenkapital wird mit dem Betrag angesetzt, der dem Zeitwert der in den Konzernabschluss aufzunehmenden Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten und Sonderposten entspricht, der diesen zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung beizulegen ist (Neubewertungsmethode). Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 und 3, Abs. 2 HGB und latente Steuern nach § 274 Abs. 2 HGB bewertet.

Zeitpunkt der Erstkonsolidierung ist der Zeitpunkt, zu dem das Unternehmen Tochterunternehmen geworden ist. Liegt der Erwerbszeitpunkt innerhalb eines Monats, so erfolgt die Erstkonsolidierung auf den Monatsersten des Folgemonats.

Für die Erstkonsolidierung eines einzubeziehenden Unternehmens wird grundsätzlich ein Zwischenabschluss sowie eine Unternehmensbewertung zugrunde gelegt.

Liegt kein Zwischenabschluss vor, so werden die Bilanzwerte zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung sowie der in den Konzernabschluss aufzunehmende Teil der Gewinn- und Verlustrechnung in geeigneter Weise geschätzt. Liegt keine Unternehmensbewertung vor, werden die eigenen Ertragswertberechnungen der UmweltBank herangezogen.

Auf Basis der verwendeten Unternehmenswerte wird das Eigenkapital des einzubeziehenden Tochterunternehmens durch Aufdeckung von stillen Reserven und stillen Lasten unter Berücksichtigung von latenten Steuern an den Zeitwert angepasst.

Ein nach der Verrechnung verbleibender Unterschiedsbetrag wird in der Konzernbilanz, wenn er auf der Aktivseite entsteht, als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen. Sofern der Unterschiedsbetrag auf der Passivseite entsteht, wird dieser auf Grund seiner Eigenschaft als technischer passiver Unterschiedsbetrag, **unter dem Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ nach dem Eigenkapital** als separater Posten ausgewiesen.

Der im Geschäftsjahr 2025 ausgewiesene Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung beträgt 5.157 TEUR (Vorjahr: 10.907 TEUR). Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf der Immobilien der beiden vollkonsolidierten Tochtergesellschaften Volksbau Tübingen II GmbH & Co. KG und Volksbau Nürnberg GmbH & Co. KG an externe Dritte.

Zeitwertermittlung bei Immobiliengesellschaften

Die Analyse der Jahresabschlüsse der einbezogenen Immobiliengesellschaften hat ergeben, dass stille Reserven ausschließlich im Grundbesitz vorliegen.

Im Rahmen der Erstkonsolidierung zum 1.1.2022 wurden keine zusätzlichen immateriellen Vermögensgegenstände identifiziert.

Bei der Ermittlung der aufzudeckenden stillen Reserven im Grundbesitz wurden neben den Ertragswertberechnungen der UmweltBank zusätzlich vorliegende Immobilienwertgutachten verwendet.

Die im Rahmen der Erstkonsolidierung aufgedeckten stillen Reserven auf Immobilien werden linear über die Restnutzungsdauer der jeweiligen Immobilie abgeschrieben. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 699 TEUR abgeschrieben.

Die im Rahmen der Konzernrechnungslegung aufgedeckten stillen Reserven im Bereich der Immobilien betreffen abnutzbares Sachanlagevermögen. Die im Konzern ausgewiesenen Abschreibungen resultieren neben der planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibung auch aus der Abschreibung der stillen Reserven.

Zeitwertermittlung bei Finanzierungsverbindlichkeiten

Die Analyse der Finanzierungsverbindlichkeiten der einbezogenen Tochterunternehmen im Hinblick auf mögliche abweichende Zeitwerte und damit aufzudeckende stille Reserven oder stille Lasten hat zu folgenden Erkenntnissen geführt:

Die Tochtergesellschaften sowohl im Bereich Immobilien als auch im Bereich Energieerzeugung verfügen über Darlehensfinanzierungen zu vorteilhaften Konditionen. Diese vorteilhaften Konditionen resultieren aus Fördermitteln von Bund, Ländern und Kommunen. Nachdem die Gewährung solcher Förderkredite jedoch untrennbar an die finanzierten Objekte geknüpft ist, werden die Vorteile hieraus gemeinsam mit den Objekten bewertet bzw. sind diese Vorteile bereits im Zeitwert des Grundbesitzes bzw. im Ansatz der Energieeinspeisungsverträge als immaterielle Vermögensgegenstände enthalten. Es erfolgt somit keine zusätzliche Neubewertung der Finanzierungsverbindlichkeiten.

Im Rahmen der Erstkonsolidierung der UmweltProjekt GmbH wurde von der Ausnahmeregelung des § 301 Abs. 2 Satz 5 HGB Gebrauch gemacht und auf eine Neubewertung der Gesellschaft verzichtet, da die Umweltprojekt GmbH von der Umweltbank AG selbst durch eine Kapitaleinlage gegründet wurde.

Rückstellungen

Die Analyse der Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen hat ergeben, dass in keinem der Unternehmen stille Lasten in Form von nicht gebildeten Rückstellungen vorliegen.

Teilweise werden bei energieerzeugenden Tochterunternehmen, insbesondere bei Solarparks, keine Rückstellungen für die Erfüllung von Rückbauverpflichtungen angespart. Dies geschieht in den Einzelabschlüssen mit Verweis auf die Unwesentlichkeit. Aus

Konzernsicht wird festgesetzt, dass in Fällen einer Unwesentlichkeit auf Jahresabschlussenebene diese auch für den Konzern gelten kann.

Es wird angenommen, dass die Erlöse aus den Altanlagen mindestens die Höhe der Rückbaukosten decken.

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung werden gemäß § 303 HGB Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung werden gemäß § 305 HGB in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung bei den Umsatzerlösen die Zins- und Provisionserträge zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen mit den auf sie entfallenden Aufwendungen sowie andere Erträge aus Lieferungen und Leistungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen mit den auf sie entfallenden Aufwendungen verrechnet.

Zwischenergebniseliminierung

Eliminierungspflichtige Zwischenergebnisse, welche gemäß § 304 HGB berücksichtigt werden müssten, existieren nicht.

Latente Steuern auf Konzernebene

Latente Steuern werden gemäß § 306 HGB auf Unterschiedsbeträge zwischen dem Buchwert eines Vermögensgegenstands, einer Schuld oder eines Rechnungsabgrenzungspostens in der Konzernbilanz und dem korrespondierenden steuerlichen Wertansatz gebildet, sofern sie sich in künftigen Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen und dadurch zu ertragsteuerlichen Ent- oder Belastungen führen. Die Ermittlung erfolgt anhand des bilanzorientierten Konzepts.

Zur Anwendung kommt ein durchschnittlicher Steuersatz von 30 %. Zur Ermittlung des durchschnittlichen Steuersatzes wurden die steuerlichen Verhältnisse der einbezogenen Unternehmen analysiert und insbesondere festgestellt, dass auch alle Tochterunternehmen – auch die Wohnungsbauunternehmen – der Gewerbesteuer unterliegen. Der Durchschnittssatz von 30 % bildet die unterschiedlichen, vom Sitz abhängigen Hebesätze der Tochterunternehmen ab.

Anteilmäßige Konsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen

Auf die anteilmäßige Konsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen werden die Vorschriften zur Vollkonsolidierung entsprechend angewendet (§ 310 Abs. 2 HGB).

Anteile an assoziierten Unternehmen

Anteile an assoziierten Unternehmen, bei denen ein maßgeblicher Einfluss besteht, werden unter Anwendung der Equity-Methode (§§ 310 und 311 HGB) in den Konzernabschluss einbezogen.

Aufgrund einer Widerlegung der Assoziierungsvermutung im Geschäftsjahr 2025 wurde die Naturata AG zum Stichtag 30.06.2025 entkonsolidiert und ab sofort zu Anschaffungskosten bilanziert. Als Anschaffungskosten gilt der Equity-Wertansatz der verbliebenen Anteile zu dem Zeitpunkt, von dem an der maßgebliche Einfluss nicht mehr ausgeübt wird (DRS 26.68).

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten, soweit nicht in Abschnitt I. Aufstellung des Konzernabschlusses anders erläutert.

Barreserve/ flüssige Mittel

Barreserve-Bestände werden grundsätzlich zum Nennwert bewertet. Prinzipiell ist das Ausfallrisiko inexistent.

Forderungen an Kreditinstitute / Forderungen an Kunden

Forderungen werden zu den Anschaffungskosten (§ 253 Abs. 1 Satz 1 HGB) oder im Fall erforderlicher Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen zum niedrigeren beizulegenden Wert (§ 253 Abs. 4 Satz 2 HGB) bewertet. Auszuweisen ist der in Anspruch genommene Kredit (nicht die Kreditzusage). Die Folgebewertung sieht vor, uneinbringliche Forderungen abzuschreiben. Ebenfalls ist für notleidende Forderungen eine entsprechende Wertberichtigung vorzunehmen.

Seit dem Geschäftsjahr 2025 werden Einzelwertberichtigungen bei ausfallgefährdeten Engagements in der Regel auf Basis von Szenarioanalysen gebildet. Ist dies nicht möglich bzw. nicht sinnvoll, werden Einzelwertberichtigungen wie in den Vorjahren bei ausfallgefährdeten Engagements als Differenz zwischen den Kreditzusagen bzw. höheren Inanspruchnahmen und den zu erwartenden Zahlungsströmen aus dem Darlehen respektive erwarteten Zahlungsströmen aus den Sicherheiten erfasst.

Für die Ermittlung der Einzelwertberichtigung auf Basis von Szenarien sind mindestens 3 unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten des Engagements darzustellen, wobei ein Szenario grundsätzlich die Kündigung und Verwertung der Sicherheiten beinhaltet.

Die den Szenarien zugrunde liegenden Annahmen sind unter Berücksichtigung des aktuellen Obligos und der aktuellen Sicherheitenwerte darzulegen. Zu jedem Szenario ist der Risikovorsorgebedarf, der sich unter Anwendung der gewählten Annahmen ergibt, zu berechnen. Weiter ist eine Gewichtung der einzelnen Szenarien auf Basis einer realistischen Einschätzung der Entwicklung des Engagements vorzunehmen. Dabei wird der

Einzelwertberichtigungsbedarf pro Szenario ermittelt (Gewichtung multipliziert mit dem Einzelwertberichtigungsbedarf). Die Summe des spezifischen Wertberichtigungsbedarfs aller drei Szenarien stellt die Höhe der zu bildenden Einzelwertberichtigung dar.

Für vorhersehbare, aber noch nicht bei einzelnen Kreditnehmern konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden Pauschalwertberichtigungen gem. IDW RS BFA 7 gebildet. Diese umfassen neben sämtlichen Forderungen an Kunden (Kundenkreditobliga, abzüglich einzelwertberichtigter Kreditverhältnisse) auch noch nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten sowie Forderungen gegenüber Kreditinstituten.

Die UmweltBank legt hierfür das vereinfachte Verfahren (PWB-Bildung i.H. des ermittelten erwarteten Verlusts ohne Anrechnung von Bonitätsprämien) zugrunde. Das erwartete Kreditausfallrisiko (expected loss = EL) für Pauschalwertberichtigungen ergibt sich aus folgender Berechnungsmethodik:

$$EL = EAD * PD * LGD$$

wobei gilt:

- EAD: entspricht dem erwarteten Risikovolumen zum Zeitpunkt des Ausfalls
- PD: Ausfallwahrscheinlichkeit
- LGD: Verlustquote

Zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Einzelkundenebene werden die VR-Ratingverfahren der parciT für die Segmente

- Privatkunden (VRR PK)
- Firmenkunden (VRR FK)
- Immobilienkunden (VRR IK)
- Erneuerbare Energien (VRR EE)

herangezogen. In Abhängigkeit des verwendeten Verfahrens werden die Ratings regelmäßig aktualisiert. Die relevanten Risikofaktoren/Parameter je Segment unterliegen einer jährlichen Validierung und werden bei Bedarf angepasst.

Einzelwertberichtigungen, Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven (§ 340f HGB) sind aktivisch abzusetzen. Anteilige Zinsen müssen berücksichtigt werden.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die wie Anlagevermögen behandelten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden nur bei einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung vorgenommen. Dabei werden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen. Soweit kein aktiver Markt besteht, wird der beizulegende Wert mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt.

Die Prüfung auf dauerhafte Wertminderung erfolgt bonitätsinduziert anhand eines Abgleichs von externen Ratings der Emittenten zwischen Kaufzeitpunkt und dem jeweiligen Stichtag.

Über pari erworbene festverzinsliche Wertpapiere werden periodengerecht linear auf den Nennwert abgeschrieben, unter pari erworbene festverzinsliche Wertpapiere werden periodengerecht linear auf den Nennwert zugeschrieben.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die wie Anlagevermögen behandelten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden nur bei einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung vorgenommen. Dabei **werden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten** Jahresschlusskurse herangezogen. Soweit kein aktiver Markt besteht, wird der beizulegende Wert mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt.

Bei Exchange Traded Funds (ETF) erfolgt die Prüfung auf dauerhafte Wertminderung bonitätsinduziert anhand eines Abgleichs von externen Ratings der Emittenten der im ETF enthaltenen Anleihen zwischen Kaufzeitpunkt und dem jeweiligen Stichtag.

Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen / Anteile an assoziierten Unternehmen

Der Ansatz der Beteiligungen der assoziierten Unternehmen erfolgte mit dem anteiligen Eigenkapital zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. In den Folgeperioden wird der entsprechende Equity-Wertansatz um den Betrag der Eigenkapitalveränderungen, die den dem Mutterunternehmen gehörenden Anteilen am Kapital des assoziierten Unternehmens entsprechen, erhöht oder vermindert. Dabei werden aufgedeckte stillen Reserven und Lasten sowie ein ggf. verbleibender Geschäfts- oder Firmenwert fortgeführt.

Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Anteile an assoziierten Unternehmen von untergeordneter Bedeutung werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen werden gemäß § 340e HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet, d.h. mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich linearer Abschreibung.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 Euro werden im Zugangsjahr als Aufwand gebucht. Geringwertige Wirtschaftsgüter von 250,01 Euro bis 800,00 Euro werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und als Abgang dargestellt.

Für in Frage kommende Vermögenswerte im Sachanlagevermögen wird das nach § 255 Abs. 3 HGB bestehende Wahlrecht zur Aktivierung von Fremdkapitalkosten ausgeübt. Dementsprechend werden diejenigen während der Herstellungsphase anfallenden Fremdkapitalkosten, die dem betreffenden Vermögenswert unmittelbar zugeordnet werden können, als Bestandteil der Herstellungskosten aktiviert. Die Aktivierung erfolgt für den Zeitraum bis zur Fertigstellung des jeweiligen Vermögenswertes. Die aktivierten Fremdkapitalkosten werden über die gewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswertes planmäßig abgeschrieben.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen im Wesentlichen Disagien aus den begebenen Anleihen der UmweltProjekt GmbH, die im Rahmen des §250 Abs. 3 HGB aktiviert und planmäßig durch jährliche Abschreibung getilgt wird. Des Weiteren umfassen die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten Ausgaben, die vor dem Abschluss getätigt wurden, aber Aufwand für die Zeit nach dem Abschluss darstellen (§250 Abs. 1 HGB).

Aktive latente Steuern

Die im Konzernabschluss ausgewiesenen aktiven latenten Steuern resultieren ausschließlich aus den Bilanzierungs- und Bewertungsunterschieden, die auf Ebene des Jahresabschlusses der UmweltBank AG ermittelt werden. In Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde im Jahresabschluss der UmweltBank AG der Überhang an aktiven latenten Steuern aktiviert. Im Konzernabschluss 2025 werden die aktiven latenten Steuern erstmalig unsaldiert ausgewiesen. Die Bewertung der temporären Differenzen erfolgt mit dem für das Jahr der Realisierung geltenden kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Durch das Wachstumsboostergesetz, welches am 11. Juli 2025 Zustimmung des Bundesrates fand, wurde eine Senkung der Körperschaftsteuer von den bis 2027 geltenden 15 % schrittweise bis 2032 auf 10 % beschlossen. Diese Steuersatzsenkung findet in der Bewertung zum Bilanzstichtag 31.12.2025 Anwendung.

Der kombinierte Steuersatz beläuft sich bis 2027 auf 32,17 %, in 2028 auf 31,12 %, 2029 auf 30,06 %, 2030 auf 29,01 %, 2031 auf 27,95 % sowie ab 2032 auf 26,90 %.

Zum 31.12.2025 bestehen bei der UmweltBank AG steuerliche Verlustvorträge für die Körperschaftsteuer in Höhe von 42.112 TEUR und 62.309 TEUR für die Gewerbesteuer. Davon werden Verlustvorträge in Höhe von 8.100 TEUR innerhalb der nächsten fünf Jahre als hinreichend realisierbar beurteilt. Auch bei der UmweltProjekt GmbH bestehen gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 6.610 TEUR. Da die Gewerbesteuer regelmäßig bei allen Geschäften der Gesellschaft auf Ebene der Projektgesellschaft entsteht, werden sich diese in der Zukunft nicht ausgleichen und stehen für einen Wertansatz von aktiven latenten Steuern nicht zur Verfügung.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die Bewertung der verbrieften Verbindlichkeiten erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit dem Erfüllungsbetrag (Rückzahlungsbetrag).

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen von der UmweltBank AG begebene Darlehen, die mit einem Disagio ausgereicht wurden und nach §340e Abs. 2 HGB ausgewiesen werden. Die Disagien werden planmäßig über die Laufzeit der Darlehen aufgelöst.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden gemäß § 306 HGB auf zu versteuernde temporäre Differenzen ermittelt. Zu versteuernde temporäre Differenzen liegen vor, wenn der Buchwert eines Vermögensgegenstands oder aktiven Rechnungsabgrenzungspostens höher oder der Buchwert einer Schuld bzw. eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens niedriger ist als der korrespondierende steuerliche Wertansatz und die Angleichung der Buchwerte in künftigen Geschäftsjahren zu einer Erhöhung des zu versteuernden Einkommens führt. Die Ermittlung erfolgt anhand des bilanzorientierten Konzepts.

Rückstellungen

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend § 253 Abs. 2 HGB mit dem laufzeitadäquaten Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Der Belastung durch Einlagen mit steigender Verzinsung wird durch Rückstellungen Rechnung getragen.

Das Bankbuch der UmweltBank AG wird gemäß IDW RS BFA 3 hinsichtlich der Notwendigkeit einer Rückstellung für drohende Verluste überprüft. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet. Zum Bilanzstichtag ist keine Rückstellung zu bilden.

Die Rückstellung für Produkte mit Bonusverzinsung nach der Zinsstaffelmethode wird einheitlich nach dem handelsrechtlichen Ansatz mit Hilfe des Durchschnittszinses berechnet. Darüber hinaus wird auch hier bei der Abzinsung eine Duration der Restlaufzeit unter der Annahme der Berücksichtigung einer bestimmten Fluktuation der Geschäfte angesetzt. Der Zinsaufwand wird damit über die Laufzeit hinweg geglättet.

Für Spareinlagen mit ansteigender Verzinsung wird bei der Abzinsung der Brutto-Rückstellungen eine Duration der Restlaufzeit unter der Annahme der Berücksichtigung einer bestimmten Fluktuation der Geschäfte angesetzt. Durch die Duration der Restlaufzeit wird

zusätzlich dem Risiko der Bank Rechnung getragen, dass ein Kunde vorzeitig nach einer Kapitalisierung kündigt und die gebildete Rückstellung vor Kapitalisierung nicht ausreicht.

Nachrangige Verbindlichkeiten / Genussrechtskapital

Der Bilanzausweis erfolgte mit dem Nominalbetrag zuzüglich der anteiligen Zinsen des Geschäftsjahrs.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten "Fonds für allgemeine Bankrisiken" gebildet (§ 340g Abs. 1 HGB).

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen) werden mit dem Nominalbetrag und Swap-Avale in Höhe des Kreditäquivalenzbetrags abzüglich von Pauschalwertberichtigungen und zweckgebundenen Guthaben ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag sind Einzelrückstellungen für Eventualverbindlichkeiten nicht erforderlich oder vorhanden. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die überwiegende Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft. Die Bewertung der Eventualverbindlichkeiten der UmweltBank AG erfolgt entsprechend der Bewertung der Forderungen an Kunden und Kreditinstitute.

Für die Eventualverbindlichkeiten der UmweltProjekt GmbH wurde keine Risikovorsorge gebildet.

Andere Verpflichtungen

Bei der Bewertung der Verpflichtungen aus Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen ist von der Höhe des zugesagten Betrags auszugehen. Dabei erfolgt der Ausweis von Platzierungs- und Übernahmegarantien nach Abzug der in Anspruch genommenen Beträge. Die Verpflichtungen aufgrund unwiderruflicher Kreditzusagen sind um die in Anspruch genommenen Kredite zu kürzen. Eine Rückstellung ist dann zu bilden, wenn sich das Institut aus seiner Verpflichtung zur Kreditgewährung nicht mehr befreien kann und bereits abzusehen ist, dass der Schuldner den zugesagten Betrag ganz oder teilweise nicht zurückzahlen können wird.

Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Währungsumrechnung

Sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung werden nach § 256a HGB i.V.m. § 340h HGB mit dem Devisenmittelkurs am Bilanzstichtag in die funktionale Währung Euro umgerechnet unter Beachtung des Imparitätsprinzips. Die Ergebnisse aus der

Währungsumrechnung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Beteiligungsergebnis berücksichtigt.

Überkreuzkompensation

Der Konzern macht von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation nach § 32 RechKredV und § 33 RechKredV Gebrauch. Die entsprechenden Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung werden verrechnet und in einem Aufwands- oder Ertragsposten ausgewiesen.

C. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

I. Aktivseite der Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Sämtliche Forderungen an Kreditinstituten in Höhe von 2.306.461 TEUR (Vorjahr: 2.026.819 TEUR) waren zum Stichtag täglich fällig.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden haben nach der Restlaufzeit folgende Aufteilung:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
bis drei Monate	89.713	75.590
mehr als drei Monate bis ein Jahr	174.964	224.735
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	851.197	918.613
mehr als fünf Jahre	1.865.640	1.918.438
mit unbestimmter Laufzeit	386	296
Summe	2.981.900	3.137.672

Die Forderungen an Kunden enthalten Fördermitteldarlehen in Höhe von 1.669.111 TEUR (Vorjahr: 1.780.586 TEUR). Diese sind an die refinanzierenden öffentlichen Förderbanken abgetreten.

Die Forderungen an verbundene Unternehmen, die nicht konsolidiert werden, betragen 0 TEUR (Vorjahr: 962 TEUR). Die Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betragen 64.435 TEUR (Vorjahr: 50.872 TEUR).

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten gliedert sich folgendermaßen auf:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
börsenfähige festverzinsliche Wertpapiere	1.115.451	745.462
davon börsennotiert	919.333	658.671
davon nicht börsennotiert	196.118	86.791
Summe	1.115.451	745.462

In dem auf den Stichtag folgenden Jahr werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert von 257.100 TEUR (Vorjahr: 58.708 TEUR) und einem Buchwert von 256.373 TEUR (Vorjahr: 58.755 TEUR) fällig.

Festverzinsliche Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 1.111.714 TEUR (Vorjahr: 743.327 TEUR) und einem Nominalwert von 1.118.944 TEUR (Vorjahr: 742.752 TEUR) wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet und in separaten Depots verwahrt.

Die vermiedenen Abschreibungen auf diese Wertpapiere betragen zum 31. Dezember 2025 39.702 TEUR (Vorjahr: 48.219 TEUR). Eine außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Abs. 3 S. 5 HGB wurde für diese Wertpapiere nicht vorgenommen, da die Wertpapiere zu Pari zurückgezahlt werden und keine Anhaltspunkte erkennbar sind, dass die Rückzahlungen gemindert werden. Die stillen Reserven bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 234 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR).

Insgesamt waren festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert von 152.000 TEUR (Vorjahr: 155.827 TEUR) und einem Buchwert von 152.001 TEUR (Vorjahr: 155.854 TEUR) zur Absicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Förderkreditinstituten sowie mit einem Nominalwert von 165.430 TEUR (Vorjahr: 50.000 TEUR) und einem Buchwert von 165.675 TEUR (Vorjahr: 50.000 TEUR) zur Absicherung von Swap-Avalen verpfändet.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten gliedert sich wie folgt auf:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Börsenfähige Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	99.870	-
davon börsennotiert	99.870	-
davon nicht börsennotiert	-	-
Nicht börsenfähige Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	44	44
Summe	99.914	44

Der Buchwert der Aktien und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere des Anlagebestandes beträgt 99.914 TEUR (Vorjahr: 44 TEUR). Dabei weisen Genussscheine einen Nominalwert von 44 TEUR (Vorjahr: 44 TEUR) auf. Von einem ETF werden

10.000.000,00 Stücke gehalten. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip und die Wertpapiere werden in separaten Depots verwahrt.

Bei den nicht börsenfähigen Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich, wie im Vorjahr, um eigene Genussscheine.

Die vermiedenen Abschreibungen auf diese Wertpapiere betragen zum 31. Dezember 2025 470 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR). Eine außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Abs. 3 S. 5 HGB wurde für diese Wertpapiere nicht vorgenommen, da zum Bilanzstichtag keine Anhaltspunkte für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorlagen.

Die stillen Reserven bei den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR).

Die Position enthält Anteile von mehr als 10 % an folgendem Investmentvermögen:

UmweltBank UCITS-ETF - Green & Social Bonds Euro; ISIN: LU3093383670

Der Teilfonds UmweltBank UCITS-ETF - Green & Social Bonds Euro mit einem Marktwert von 99.400 TEUR (Vorjahr: 0 EUR; Differenz zum Buchwert: - 470 TEUR) hat zum Ziel, die Preis- und Ertragsperformance vor Kosten des Solactive UmweltBank Green & Social Bond EUR IG 0-5 Year Index nachzubilden. Der ETF investiert in Anleihen mit Investment-Grade-Rating mit einer maximalen Laufzeit von 5 Jahren und einem ausstehenden Mindestnennbetrag von 500 Mio. Euro, deren Emittenten nicht gegen die nachhaltigkeitsbezogenen Ausschlusskriterien der UmweltBank AG verstoßen und die von der Climate Bond Initiative als Green oder Social Bond eingestuft werden und somit eine für ökologische oder soziale Ziele förderliche Mittelverwendung aufweisen.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden auf die gehaltenen Anteile 663 TEUR ausgeschüttet (Vorjahr: 0 TEUR).

Bei der täglichen Rückgabe der Fondsanteile bestanden im Geschäftsjahr 2025 keine Beschränkungen.

Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen / Anteile an assoziierten Unternehmen

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Beteiligungen	1.995	2.014
Anteile an assoziierten Unternehmen	23.065	22.097
Anteile an verbundenen Unternehmen	264	1.118
Summe	25.324	25.229

Sämtliche Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind nicht börsenfähig. Die Einzelaufstellung der Anteile an assoziierten Unternehmen ist der Aufstellung des Anteilsbesitzes (Anlage 1) zu entnehmen.

Bei den nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen ergab sich zum Bilanzstichtag ein technischer passiver Unterschiedsbetrag von 4.307 TEUR (Vorjahr: 4.610 TEUR). Die Unterschiedsbeträge ergeben sich aus der Differenz aus dem Beteiligungsbuchwert und dem anteiligen Eigenkapital der assoziierten Unternehmen.

Bei einem assoziierten Unternehmen wurde der Vorjahreswert um 532 TEUR zu hoch angesetzt. Dieser Fehler wurde in laufender Rechnung korrigiert.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Gliederung der immateriellen Vermögensgegenstände sowie des Sachanlagevermögens ist dem Anlagespiegel als Anlage zum Anhang zu entnehmen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten folgende Positionen:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Steuererstattungsansprüche der UmweltBank AG	21.259	18.007
Sicherheitsleistung für neuen Firmensitz	7.832	0
Verrechnungskonto Zahlungsverkehr, Lastschriftinzüge	6.756	7.691
Volksbau Bamberg GmbH & Co. KG - Bauabschnitt 4	4.400	5.818
Genossenschaftsanteile	2.510	2.510
Vorauszahlungen UmweltQuartier	1.644	2.027
Tilgungszuschüsse für Baukosten Volksbau Bamberg GmbH & Co. KG	68	5.893
Übrige	5.723	6.050
Summe	50.192	47.996

Die Steuererstattungsansprüche betreffen Erstattungsansprüche der UmweltBank AG aus vorausgezahlter Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von 15.089 TEUR (Vorjahr: 11.283 TEUR) sowie aus vorausgezahlter Gewerbesteuer in Höhe von 6.170 TEUR (Vorjahr: 6.724 TEUR).

Die Volksbau Bamberg hat im Geschäftsjahr 2021 für das im Bau befindliche Objekt, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Zusagen für Tilgungszuschüsse für energieeffizientes und nachhaltiges Bauen i.H.v. insgesamt 10.123 TEUR erhalten. Im Geschäftsjahr 2025 wurde der verbleibende Tilgungszuschuss fast vollständig ausbezahlt.

Weiterhin hat die Volksbau Bamberg GmbH & Co. KG im Geschäftsjahr 2024 beschlossen, einen Teil des im Bau befindlichen Objektes (Bauabschnitt 4) zeitnah an Mitgesellschafter zu veräußern. Die bis dato angefallenen Anschaffungskosten für den Grundstücksanteil und die als Herstellungskostenaktivierten Planungskosten BA 4 wurden folglich bereits im Vorjahr vom Bilanzposten 12. Sachanlagen in den Bilanzposten 14. Sonstige Vermögensgegenstände umgegliedert.

Bei den Genossenschaftsanteilen handelt es sich um Beteiligungen an der GLS Gemeinschaftsbank eG (1.000 TEUR), der Evangelischen Bank eG (1.000 TEUR) und der Genossenschaft für urbane Kreativität eG (510 TEUR).

Ansprüche an verbundene Unternehmen, die nicht konsolidiert werden, betragen 0 TEUR. Ansprüche an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betragen 197 TEUR.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 1.449 TEUR (Vorjahr: 1.399 TEUR) enthält Disagien aus begebenen Anleihen in Höhe von 762 TEUR (Vorjahr: 821 TEUR).

Aktive latente Steuern

Temporäre Differenzen aus	Aktive latente Steuern 2025	Aktive latente Steuern 2024	Passive latente Steuern 2024
	TEUR	TEUR	TEUR
UmweltBank AG			
Forderungen an Kreditinstitute	3	3	0
Forderungen an Kunden	4.015	2.732	0
Schuldverschreibungen	0	0	206
Personengesellschaften	0	291	0
Sonstige Rückstellungen	2.067	436	0
Summe	6.085	3.462	206
Saldierung		-206	-206
Summe	6.085	3.256	0
Verlustvortrag KSt	1.179	0	0
Verlustvortrag GewSt	1.324	0	0
Summe	2.503	0	0
Summe	8.589	3.256	0

Im Posten aktive latente Steuern werden 2025 keine passiven latenten Steuern saldiert.

Im Jahresabschluss der UmweltBank AG ergaben sich nach § 274 HGB aus den Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen insgesamt aktive latente Steuern von TEUR 8.589 (Vorjahr: 3.256 TEUR). Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr 2025 keine sich nach § 306 HGB ergebenden aktiven latenten Steuern vorgekommen.

Vermögensgegenstände (und Schulden) in Fremdwährung

Zum 31.12.2025 bestehen Vermögensgegenstände in Fremdwährung in Höhe von 13.935 TEUR (Vorjahr: 12.145 TEUR) aus der At-Equity konsolidierten Beteiligung an der 3 Banka AD.

II. Passivseite der Bilanz

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist teilen sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt auf:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
bis drei Monate	32.313	37.066
mehr als drei Monate bis ein Jahr	92.260	92.988
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	652.470	691.857
mehr als fünf Jahre	1.111.018	1.241.996
Summe	1.888.061	2.063.907

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist handelt es sich um zinsverbilligte Darlehen öffentlicher Förderbanken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind vollständig durch folgende Posten besichert (Nennwert):

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Abgetretene und verpfändete Forderungen	1.669.111	1.780.586
Grundschulden	196.695	255.900
Verpfändete festverzinsliche Wertpapiere	152.000	155.827
Summe	2.017.806	2.192.313

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten teilen sich nach der Restlaufzeit wie folgt auf:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
bis drei Monate	0	0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	4.151
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	0
mehr als fünf Jahre	0	0
Summe	0	4.151

Aufgrund der Vertragsgestaltung wird der Bestand an Spareinlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten aus 2024 im Berichtsjahr unter den Spareinlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von 3 Monaten ausgewiesen.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist setzen sich nach der Restlaufzeit wie folgt zusammen:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
bis drei Monate	119.362	118.118
mehr als drei Monate bis ein Jahr	181.306	267.763
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	335.331	176.427
mehr als fünf Jahre	164.716	65.540
mit unbestimmter Laufzeit	8.166	7.941
Summe	808.881	635.789

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, die nicht konsolidiert werden, sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von 1.767 TEUR (Vorjahr: 2.293 TEUR) enthalten.

Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Inhaberschuldverschreibungen	44.000	44.000

Der Posten umfasst zwei von der Umweltprojekt GmbH begebene Inhaberschuldverschreibungen.

Sonstigen Verbindlichkeiten

Der Posten sonstige Verbindlichkeiten enthält folgende Einzelbeträge:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.069	9.737
Abzuführende Steuern	2.873	7.839
Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	357	321
Übrige	6.507	8.075
Summe	12.806	25.972

Von den Verbindlichkeiten aus abzuführenden Steuern entfallen 2.004 TEUR auf die abzuführende Kapitalertragssteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer auf Kapitalerträge aus dem Kundengeschäft der UmweltBank AG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber den Komplementär-Gesellschaften.

Im Posten der übrigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus dem Bau UmweltHaus und UmweltQuartier in Höhe von 2.193 TEUR enthalten sowie vereinnahmte

Kautionszahlungen in Höhe von 1.741 TEUR.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Zinsabgrenzungen aus Forderungen	184	249
Sonstige	28	154
Summe	212	403

Passive latente Steuern

Temporäre Differenzen aus	Passive latente Steuern 2025 TEUR	Passive latente Steuern 2024 TEUR
UmweltBank AG		
Schuldverschreibungen	345	
Personengesellschaften	130	
UmweltProjekt GmbH		
Beteiligungen	2.160	1.579
Konsolidierungsmaßnahmen / Neubewertung Sachanlagen	4.881	8.172
Summe	7.516	9.751

In der Tabelle kann es zu Differenzen kommen, die auf Rundung zurückzuführen sind.

Im Posten passive latente Steuern werden keine aktiven latenten Steuern saldiert.

Der Rückgang der passiven latenten Steuern ist im Wesentlichen auf die Veräußerung von Immobilien im Rahmen zweier Asset Deals der beiden vollkonsolidierten Tochtergesellschaften Volksbau Tübingen II GmbH & Co. KG und Volksbau Nürnberg GmbH & Co. KG zurückzuführen.

Rückstellungen

Dieser Posten gliedert sich wie folgt auf:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Steuerrückstellungen	6.502	8.873
Zwischensumme	6.502	8.873
Rückstellung für steigenden Bonus und Zinsanpassungen beim Umweltsparvertrag	10.178	9.404
Rückstellung Personalkosten und Sozialabgaben	1.217	1.298
Rückstellung Unterstrichpositionen (PWB)	826	454

Rückstellung ausstehende Rechnungen	292	3.955
Übrige	2.802	1.910
Zwischensumme	15.315	17.021
Gesamtsumme	21.817	25.894

Der deutliche Rückgang von Rückstellungen für ausstehende Rechnungen ist auf einen verlängerten Buchungszeitraum im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen. Die Kreditorenrechnungen werden somit direkt im anderen Verwaltungsaufwand berücksichtigt bzw. bei Eingang nach dem Bilanzstichtag als sonstige Verbindlichkeit verbucht.

Von den Steuerrückstellungen entfallen TEUR 5.153 (Vorjahr: TEUR 3.559) auf Gewerbesteuern, die im Wesentlichen im Zusammenhang mit den konzerninternen Veräußerungen von Immobilien stehen sowie TEUR 1.349 (Vorjahr: TEUR 5.314) auf Körperschaftsteuerrückstellungen (inkl. Solidaritätszuschlag).

In den Rückstellungen für Personalkosten sind Abfindungsansprüche in Höhe von 545 TEUR enthalten.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Valuta-termin	Art, WKN, Nennbetrag in TEUR, angefallene Aufwendungen im Geschäftsjahr in TEUR	Gezeichnete Stückzahl	Nominal-betrag TEUR	Zinssatz in % p.a.	Laufzeit
01.12.2016	Bedingte nachrangige Pflichtwandelanleihe (CoCo-Bond), WKN A2BN54, bis zu 40.000, 643	103.815 Stück mit Nennwert 250,00 EUR	25.954	2,465 bis 31.05.2026, danach Festsetzung auf Basis des Swapsatzes für Euro-Swap-Transaktionen mit einer Laufzeit von 5 Jahren zzgl. einer gleichbleibenden Marge von 2,717 Prozentpunkten	unbefristet

Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeiten und zählen gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) zum Additional-Tier1-Kapital (zusätzliches Kernkapital). Im Fall der Insolvenz gehen die Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen den Ansprüchen **aus Instrumenten des Ergänzungskapitals („T2“)** nach. Der CoCo-Bond wird in Aktien der Bank gewandelt, sofern die harte Kernkapitalquote unter 5,125 % sinkt. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung entsteht bei Kündigung durch den Emittenten.

Valuta-termin	Art, WKN, Nennbetrag in TEUR, angefallene Aufwendungen im Geschäftsjahr in TEUR	Gezeichnete Stückzahl	Nominal-betrag TEUR	Zinssatz in % p.a.	Laufzeit
---------------	---	-----------------------	---------------------	--------------------	----------

30.06.2018	Inhaberanleihe mit Nachrangabrede (UmweltBank Green Bond junior), WKN A2LQKU, bis zu 90.000, 1.626	41.951.397 Stück mit Nennwert von je 1,00 EUR	41.951	3,86 bis 30.06.2029 danach Festsetzung im 5-Jahres-Intervall auf Basis des Swapsatzes für Euro-Swap-Transaktionen mit einer Laufzeit von 5 Jahren zuzüglich einer Marge von maximal 100 Basispunkten	unbefristet
08.11.2018	Namensschuldverschreibung mit Nachrangabrede, UmweltBank NSV 3,85 % 2018 (28), 20.000, 772		20.000	3,85 für die gesamte Laufzeit	08.11.2028

Es handelt sich um unbesicherte, nachrangige Verbindlichkeiten, die gemäß CRR zum Tier2-Kapital (Ergänzungskapital) zählen. Im Fall einer Insolvenz der UmweltBank stehen die Ansprüche im Rang nach den Ansprüchen sämtlicher nicht nachrangiger Gläubiger (Bail-In-Instrument). Beim Green Bond junior entsteht eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung bei Kündigung durch den Emittenten. Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Aufwendungen in Höhe von 3.041 TEUR (Vorjahr: 2.624 TEUR) angefallen.

Genussrechtskapital

Gemäß CRR stellen 44.132 TEUR des Genussrechtskapitals anrechenbare Eigenmittel dar. Die Genussrechtsinhaber erhalten eine dem Gewinnanspruch der Aktionäre vorgehende, jährliche Ausschüttung in Höhe des angegebenen Zinssatzes bezogen auf den Nennbetrag der Genussrechte.

Valuta-termin	Art, WKN, Nennbetrag in TEUR	Gezeichnete Stückzahl	Nominal-betrag TEUR	Zinssatz in % p.a.	Laufzeit
31.12.2011	Genussschein, WKN A2PMFT, bis zu 5.539	5.538.500	5.539	3,50 bis 31.12.2028, danach Festsetzung auf Basis der sechsjährigen Bundesanleihe zuzüglich 1,00 Prozentpunkte	Unbefristet, emittentenseitig kündbar zum 31.12.2028, danach alle sechs Jahre mit einer Frist von zwölf Monaten zum 31.12. des jeweiligen Jahres
30.09.2011	Genussschein, WKN A2PMFS, bis zu 5.539	5.538.500	5.539	1,00 bis 31.12.2026, danach Festsetzung auf Basis der fünfjährigen Bundesanleihe zuzüglich 1,00 Prozentpunkte	Unbefristet, emittentenseitig kündbar zum 31.12.2026, danach alle fünf Jahre mit einer Frist von zwölf Monaten zum 31.12. des jeweiligen Jahres
31.12.2010	Genussschein, WKN A2PMFR, bis zu 5.539	5.538.500	5.539	0,90 bis 31.12.2025, danach Festsetzung auf Basis der vierjährigen Bundesanleihe zuzüglich 1,00 Prozentpunkte	Unbefristet, emittentenseitig kündbar zum 31.12.2025, danach alle vier Jahre mit

					einer Frist von zwei Jahren zum 31.12. des jeweiligen Jahres
01.04.2010	Genussrecht, Namens-GR 000 505, bis zu 5.539	5.481.000	5.481	3,00 bis 31.12.2028, danach Festsetzung auf Basis der vierjährigen Bundesanleihe zuzüglich 1,00 Prozentpunkte	Unbefristet, emittentenseitig kündbar zum 31.12.2028, danach alle vier Jahre mit einer Frist von zwei Jahren zum 31.12. des jeweiligen Jahres
30.06.2009	Genussrecht, Namens-GR 000 504, bis zu 5.539	5.538.500	5.539	3,50 bis 31.12.2026, danach Festsetzung auf Basis der vierjährigen Bundesanleihe zuzüglich 1,00 Prozentpunkte	Unbefristet, emittentenseitig kündbar zum 31.12.2026, danach alle vier Jahre mit einer Frist von zwei Jahren zum 31.12. des jeweiligen Jahres
30.06.2008	Genussrecht, Namens-GR 000 503, bis zu 5.538	5.519.240	5.519	3,42 bis 31.12. 2025 danach Festsetzung auf Basis der zweijährigen Bundesanleihe zuzüglich 1,00 Prozentpunkte	Unbefristet, emittentenseitig kündbar zum 31.12.2025, danach alle zwei Jahre mit einer Frist von zwei Jahren zum 31.12. des jeweiligen Jahres
31.12.2007	Genussrecht, Namens-GR 000 502, bis zu 5.538	5.489.740	5.490	3,00 bis 31.12.2028, danach Festsetzung auf Basis der vierjährigen Bundesanleihe zuzüglich 1,00 Prozentpunkte	Unbefristet, emittentenseitig kündbar zum 31.12.2028, danach alle vier Jahre mit einer Frist von zwei Jahren zum 31.12. des jeweiligen Jahres
31.03.2007	Genussrecht, Namens-GR 000 501, bis zu 5.538	5.486.640	5.487	3,02 bis 31.12.2027, danach Festsetzung auf Basis der vierjährigen Bundesanleihe zuzüglich 1,00 Prozentpunkte	Unbefristet, emittentenseitig kündbar zum 31.12.2027, danach alle vier Jahre mit einer Frist von zwei Jahren zum 31.12. des jeweiligen Jahres

Eigenkapital

Das Aktienkapital setzt sich aus 41.396.717 auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von je 1,00 Euro zusammen.

Die GLS Gemeinschaftsbank eG hält nach Kenntnisstand der Muttergesellschaft rund 15 % der Anteile der UmweltBank AG. Weitere Anteilsinhaber, die 10 % oder mehr der Anteile besitzen würden, sind der Gesellschaft nicht bekannt. Nach ihrem Kenntnisstand befinden sich die übrigen Aktien somit im Streubesitz.

Der Vorstand ist bis zum 22. Juni 2027 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um insgesamt bis zu 8.228.657,00 Euro durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von bis zu 8.228.657 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von je 1,00 Euro gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2022/I). Den Aktionären steht grundsätzlich das gesetzliche Bezugsrecht zu. Die neuen Aktien können dabei auch von einem oder mehreren durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten oder nach § 53 Abs. 1 Satz 1 oder § 53b Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 7 des Gesetzes über das Kreditwesen tätigen Unternehmen mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand wird weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in folgenden Fällen auszuschließen:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zum (auch mittelbaren) Erwerb von Unternehmen, von Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen, von sonstigen wesentlichen Betriebsmitteln oder sonstigen Vermögensgegenständen, einschließlich Forderungen gegen die Gesellschaft oder ihre Konzerngesellschaften;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis im Zeitpunkt der Festlegung des Ausgabebetrags nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen Aktien zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausnutzung der Ermächtigung insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht übersteigen. Auf die Höchstgrenze sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung bis zum Zeitpunkt ihrer Ausnutzung zur Bedienung von Options- oder Wandelschuldverschreibungen ausgegeben wurden oder auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben wurden, sowie eigene Aktien, die aufgrund einer Ermächtigung gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben und unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert wurden;
- soweit dies erforderlich ist, um Inhabern von im Zeitpunkt der Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2022/I umlaufenden Wandlungsrechten bzw. einer Wandlungspflicht aus von der Gesellschaft oder ihren Konzerngesellschaften bereits

begebenen oder künftig zu begebenden Wandelschuldverschreibungen, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung einer Wandlungspflicht als Aktionäre zustehen würde;

- zur Durchführung einer sogenannten Aktiendividende (scrip dividend), bei der den Aktionären angeboten wird, ihren Dividendenanspruch wahlweise (ganz oder teilweise) als Sacheinlage gegen Gewährung neuer Aktien aus dem Genehmigten Kapital 2022/I in die Gesellschaft einzulegen;
- um Aktien als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer und Vorstandsmitglieder der Gesellschaft sowie Arbeitnehmer von verbundenen Unternehmen der Gesellschaft auszugeben. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, die weiteren Einzelheiten und Bedingungen der Durchführung von Kapitalerhöhungen aus genehmigtem Kapital und der Aktienaussgabe festzulegen. Dabei kann die Gewinnberechtigung der neuen Aktien auch abweichend von § 60 Abs. 2 AktG ausgestaltet werden; die neuen Aktien können, soweit gesetzlich zulässig, insbesondere auch mit Gewinnberechtigung ab Beginn des ihrer Ausgabe vorangehenden Geschäftsjahres ausgestattet werden, wenn im Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien ein Gewinnverwendungsbeschluss der Hauptversammlung über den Gewinn dieses Geschäftsjahres noch nicht gefasst worden ist. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, nach Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2022/I oder nach Ablauf der Frist für die Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2022/I die Fassung der Satzung entsprechend anzupassen.

Der Vorstand ist weiterhin bis zum 26. August 2030 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um insgesamt bis zu 4.500.000,00 Euro durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von insgesamt bis zu 4.500.000 neuen, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von je 1,00 Euro gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2025/I). Den Aktionären steht grundsätzlich das gesetzliche Bezugsrecht zu. Die neuen Aktien können dabei auch von einem oder mehreren durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten oder nach § 53 Abs. 1 Satz 1 oder § 53b Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 7 des Gesetzes über das Kreditwesen tätigen Unternehmen mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung/en festzulegen. Der Vorstand ist weiterhin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in folgenden Fällen auszuschließen:

- für Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben;

- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen, insbesondere zur Durchführung einer sogenannten Aktiendividende, bei der den Aktionären angeboten wird, ihren Dividendenanspruch wahlweise (ganz oder teilweise) als Sacheinlage gegen Gewährung neuer Aktien aus dem Genehmigten Kapital 2025/I in die Gesellschaft einzulegen;
- soweit es erforderlich ist, um den Inhabern von Wandlungsrechten beziehungsweise den Inhabern von mit Wandlungspflicht ausgestatteten Wandelschuldverschreibungen ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Wandlungsrechte beziehungsweise nach Erfüllung der Wandlungspflichten zustehen würde;
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausnutzung der Ermächtigung zwanzig vom Hundert des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet. Auf die Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung bis zum Zeitpunkt ihrer Ausnutzung aufgrund anderer Ermächtigungen in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Bezugsrechtsausschluss veräußert oder ausgegeben wurden bzw. auszugeben sind;
- um Aktien als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer und Vorstandsmitglieder der Gesellschaft sowie Arbeitnehmer von verbundenen Unternehmen der Gesellschaft auszugeben.

Durch die Hauptversammlung vom 27. August 2025 wurden 556 TEUR (Vorjahr: 686 TEUR) aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Durch eine Kapitalerhöhung wurden 5.165.754 und durch die Ausgabe von Belegschaftsaktien weitere 114.017 neue auf den Inhaber lautende Stückaktien im rechnerischen Wert von je 1,00 Euro neu ausgegeben.

Für die Ausgabe von Belegschaftsaktien wurden 163 TEUR einer Sonderrücklage zugeführt (§ 204 Abs. 3 AktG). Der Posten beläuft sich zum 31.12.2025 auf 231 TEUR (Vorjahr: 182 TEUR).

Gemäß § 58 Abs. 2 Aktiengesetz haben Vorstand und Aufsichtsrat vorab 5.000 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Die Gesellschaft hält zum Bilanzstichtag 1.328 eigene Aktien. Im Berichtsjahr wurden 3.825 Aktien zu einem Kurs von 4,00 EUR veräußert. Ein Veräußerungserlös wurde dadurch nicht erzielt.

Im Vorjahr wurde der passive Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 10.907 TEUR als Teil des Eigenkapitals ausgewiesen, obwohl dieser nach § 301 Abs. 3 HGB als separater Bilanzposten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ dargestellt

werden muss. Durch die Korrektur in laufender Rechnung reduziert sich das Eigenkapital des Vorjahrs von 242.417 TEUR auf 231.510 TEUR.

Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Der passive Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung in Höhe von 5.157 TEUR (Vorjahr: 10.907 TEUR) ergibt sich als negativer Unterschiedsbetrag nach Durchführung der Verrechnung gem. § 301 Abs. 1 HGB. Die Fortführung des passiven Unterschiedsbetrags richtet nach § 309 Abs. 2 HGB. Der Rückgang des passiven Unterschiedsbetrags in Höhe von 5.750 TEUR resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf der Immobilien der beiden vollkonsolidierten Tochtergesellschaften Volksbau Tübingen II GmbH & Co. KG und Volksbau Nürnberg GmbH & Co. KG.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Bürgschaften und Garantien	92.248	98.314

Im Posten Eventualverbindlichkeiten sind von der UmweltProjekt GmbH gewährte Bürgschaften zur Absicherung von Bankkrediten an folgende Gesellschaften enthalten:

Gesellschaft	TEUR
Volksbau 2018 GmbH & Co. KG	835
Volksbau Wangen GmbH & Co. KG	3.650
Volksbau Bamberg GmbH & Co. KG	13.841
Summe	18.326

Das Risiko einer Inanspruchnahme aus den von der UmweltBank AG begebenen Eventualverbindlichkeiten wird insgesamt aufgrund der Ratingeinstufungen als gering bewertet. Für die latenten Risiken eines Kreditausfalls werden zum 31.12.2025 Rückstellungen in Höhe von 417 TEUR (Vorjahr: 99 TEUR) gebildet. Für die von der UmweltProjekt GmbH gewährten Bürgschaften zur Absicherung von Bankkrediten wurde keine Risikovorsorge gebildet.

Andere Verpflichtungen

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
Unwiderrufliche Kreditzusagen	129.801	238.987

Darin sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind. Besondere Kreditrisiken aus der zukünftigen Kreditausreichung sind nicht erkennbar. Für die latenten Risiken eines Kreditausfalls werden zum 31.12.2025 Rückstellungen in Höhe von 308 TEUR (Vorjahr: 322 TEUR) gebildet.

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge

Die Zinserträge gliedern sich wie folgt:

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	122.586	115.316
Aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	5.463	10.186
Summe	128.049	125.502

Aufgrund eines geringeren Brutto-Neugeschäfts (Vorjahr: 250.000 TEUR; Berichtsjahr: 120.000 TEUR) sinkt das durchschnittliche Kreditvolumen und die damit verbundenen Zinserträge aus dem Kreditgeschäft.

Der Anstieg des durchschnittlichen Volumens der täglich fälligen Forderungen an Kreditinstituten sowie des Guthabens bei der Zentralnotenbank führt zu einer Zunahme der Zinserträge aus Geldmarktgeschäften.

Die Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen sinken aufgrund eines niedrigeren durchschnittlichen Volumens im Vergleich zum Vorjahr.

Zinsaufwand

Der Zinsaufwand gliedert sich wie folgt:

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Tagesgeld-Konten	23.071	35.413
Refinanzierung Weiterleitungskredite	19.701	20.760
Kündigungs- und Festgelder, Kunden	22.046	16.903
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von weniger als 4 Jahren	6.839	5.013
Offenmarktgeschäfte Deutsche Bundesbank	0	3.753
nachrangige Verbindlichkeiten	2.269	1.859
begebene Schuldverschreibungen	1.652	1.645
Sonstige	1.175	957
Summe	76.753	86.303

Der Rückgang des Zinsaufwands für Tagesgeld-Konten ist bedingt durch Konditionsanpassungen aufgrund des gesunkenen Marktzinsniveaus.

Aufgrund eines geringeren Brutto-Neugeschäfts ist ein volumenbedingter Rückgang der Zinsaufwendungen bei refinanzierten Weiterleitungskrediten zu verzeichnen.

Der Anstieg des Zinsaufwands für Kündigungs- und Festgelder im Kundenbereich ist bedingt durch eine deutliche Zunahme des Bestandes.

Der Zinsaufwand aus Spareinlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von weniger als 4 Jahren hat aufgrund einer steigenden Bestandsverzinsung bei Sparverträgen zugenommen.

Die Offenmarktgeschäfte in Form von GLRG-Mittel wurden bereits im Geschäftsjahr 2024 vollständig zurückgeführt.

Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Aktien und andere Anteilsrechte	663	45
Beteiligungen	1.174	425
Verbundene Unternehmen	1.019	3.702
Summe	2.856	4.172

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 663 TEUR stammen von der Ausschüttung des UmweltBank UCITS-ETF – Green & Social Bonds Euro.

Die laufenden Erträge aus verbundenen Unternehmen entfallen vollständig auf vereinnahmten Ausschüttungen der Stadtwerk Berlin KG Beteiligungsgesellschaft für Projekte in der Stadterneuerung für die Geschäftsjahre 2024 und 2025. Die Liquidation der Gesellschaft wurde am 29.12.2025 beendet.

Provisionserträge

Die Provisionserträge gliedern sich wie folgt:

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Wertpapier-/Versicherungsgeschäft	3.972	3.470
Kreditgeschäft	1.654	2.140
Zahlungsverkehr	367	366
Sonstige	688	152
Summe	6.681	6.128

Provisionsaufwendungen

Die Provisionsaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Wertpapier-/Versicherungsgeschäft	977	914
Kreditgeschäft	3	-
Zahlungsverkehr	78	42
Summe	1.058	956

Die für Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung entfallen im Wesentlichen auf das Kundenwertpapier- und Versicherungsvermittlungsgeschäft.

Nettoertrag des Handelsbestands

Im Berichtsjahr wurde durch den Vertrieb der Windkraft Anleihe SAB WindTeam 2025/30 (ISIN: DE000A383P89) ein Nettoertrag des Handelsbestands in Höhe von 1.286 TEUR erzielt (Vorjahr: 0 TEUR).

sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Umsatzerlöse gegenüber Dritten	13.592	15.700
Erträge aus der Veräußerung von Immobilien	21.416	7.179
sonstige betriebliche Erträge gegenüber Dritten	2.292	1.122
Summe	37.300	24.001

Die Umsatzerlöse gegenüber Dritten umfassen Erträge aus der Vermietung von Immobilien sowie Erträge aus Einspeisevergütungen.

Der Ertrag aus der Veräußerung von Immobilien entfällt auf die Tochtergesellschaften Volksbau Tübingen II GmbH & Co. KG und Volksbau Nürnberg GmbH & Co. KG, welche im Geschäftsjahr 2025 ihre Immobilien veräußert haben.

Andere Verwaltungsaufwendungen

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Beratungsaufwendungen	11.292	11.797
EDV-Aufwendungen	10.135	9.065
Marketing	9.143	8.486
Aufwand für Prüfungen	3.024	3.147

Regulatorische Kosten	1.851	2.953
Übrige	7.941	5.787
Summe	43.386	41.235

Die Beratungsaufwendungen sinken aufgrund der abgeschlossenen Transformation der UmweltBank. Gegenläufig erhöhten sie sich bei den Tochtergesellschaften aufgrund des Verkaufs zweier Immobilien.

Die EDV-Aufwendungen nehmen aufgrund einer gestiegenen Kundenanzahl und einem Anstieg der Bilanzsumme zu.

Die gestiegenen Aufwendungen im Bereich Marketing sind auf Maßnahmen zur Steigerung der Markenbekanntheit und Neukundengewinnung zurückzuführen.

Die regulatorischen Kosten sinken aufgrund eines geringeren Beitrags für die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB).

Die übrigen Verwaltungsaufwendungen enthalten u.a. Miet- und Leasingaufwendungen in Höhe von 1.043 TEUR (Vorjahr: 993 TEUR), sonstige Personalaufwendungen in Höhe von 1.916 TEUR (Vorjahr: 1.205 TEUR), Rechtsanwaltskosten in Höhe von 1.136 TEUR (Vorjahr: 322 TEUR), Kosten für Fremdarbeit in Höhe von 552 TEUR (Vorjahr: 840 TEUR), Kosten für ausgegebene Kredit- und Girokarten in Höhe von 544 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) sowie Portokosten in Höhe von 493 TEUR (Vorjahr: 248 TEUR).

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Sachanlagen	9.043	6.870
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	143
Summe	9.043	7.013

Der Anstieg in den Abschreibungen auf Sachanlagen entfällt im Wesentlichen auf die laufenden Abschreibungen für die Immobilie der Volksbau Bamberg GmbH & Co. KG und eine außerplanmäßige Abschreibung. Gegenläufig wirkte der Wegfall der Abschreibung für die Immobilie der UmweltProjekt Solarpark 1 GmbH & Co. KG durch einen Verkauf der Anteile an der Gesellschaft im Vorjahr.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Betriebs- und Nebenkosten	3.156	2.697
Reparaturen und Instandhaltung	81	771
Versicherungen und Beiträge	328	247
Wertverlust Umlaufvermögen	1.465	0

Übrige	3.686	3.027
Summe	8.716	6.742

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Aufwendungen aus dem Immobiliengeschäft der Tochtergesellschaften.

In den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist i.H.v. 749 TEUR der Aufwand für den Bau des neuen Firmensitzes der UmweltBank enthalten (Vorjahr: 440 TEUR). Des Weiteren umfassen diese u.a. Kosten im Zusammenhang mit den Veräußerungen von Immobilien oder Gesellschaftsanteilen, Verwaltungskosten sowie Haftungsvergütungen

Aufwendungen für den Abschlussprüfer

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2025 berechnete und im Verwaltungsaufwand enthaltene Gesamthonorar beläuft sich auf insgesamt 1.539 TEUR (Vorjahr: 1.539 TEUR) und verteilt sich wie folgt:

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	1.065	1.377
davon für den Jahresabschluss- und Konzernabschluss 2025	929	-
davon für den Jahres- und Konzernabschluss 2024	136	729
davon für die Nachtragsprüfung 2023	0	86
davon Nachforderung Jahres- und Konzernabschluss 2023	0	562
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	439	162
davon für die Prüfung nach WpHG	293	92
Honorar für Steuerberatungsleistungen	-	-
Sonstige Leistungen	35	-
Summe	1.539	1.539

In den anderen Bestätigungsleistungen sind insbesondere Honorare für die Prüfung nach § 89 Abs. 1 WpHG sowie für Prüfungen im Zusammenhang mit Zwischenabschlüssen enthalten.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Aufwand aus der Zuführung zur Einzelwertberichtigung	-1.872	-8.650
Aufwand aus der Zuführung der Pauschalwertberichtigung	-1.829	3.582
Eingang auf abgeschriebene Forderungen	5	107
Sonstige	0	30
Summe	-3.696	-4.931

Der Aufwand aus der Zuführung zur Einzelwertberichtigung entfällt i.H.v. 2.040 TEUR auf ein Einzelengagement aus dem Bereich Projektfinanzierung.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

	01.01.-31.12.2025 TEUR	01.01.-31.12.2024 TEUR
Ergebnis aus dem Verkauf Wertpapieren des Anlagevermögens	-47	-20.409
Ergebnis aus der Entkonsolidierung	0	9.047
Ergebnis aus der Veräußerung von Anteilen an Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	-353	1.026
Abschreibungen auf Beteiligungen und nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	0	-3.964
Sonstige	-27	210
Summe	-427	-14.090

IV. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Des Weiteren bestehen finanzielle Verpflichtungen aus Mietverträgen in Höhe von insgesamt 1.096 TEUR sowie insgesamt 6.943 TEUR aus Wartungs-, Instandhaltungs-, Dienstleistungs- und Lizenzverträgen mit jeweils unterschiedlichen Laufzeiten.

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge beläuft sich zum Abschlussstichtag auf 8.113 TEUR (Vorjahr: 2.832 TEUR) und entfällt vollständig auf die aktiven latenten Steuern.

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, ergeben sich aus der auflebenden Außenhaftung (§ 172 Abs. 4 HGB) und betreffen folgende Gesellschaften:

Gesellschaft	TEUR
Volksbau Freiburg GmbH & Co. KG	201
eno Windpark GmbH & Co. Wilmersdorf KG	432
KWA Solarkraftwerk Arenborn GmbH & Co.KG	637
Windpark Fonds Amesdorf-Wellen GmbH & Co. KG	805
Summe	2.075

Aus übernommenen Rechten und Pflichten aus einem Kaufvertrag bestehen finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1.675 TEUR.

V. Angaben über das Unternehmen und seine Organe

Mitarbeitende

Im Jahresdurchschnitt (Quartalsstände) wurden gemäß § 267 Abs. 5 HGB 406 (Vorjahr: 356) Mitarbeitende beschäftigt. Davon entfielen 384 (Vorjahr: 334) auf Mitarbeitende in Voll- oder Teilzeit und 22 (Vorjahr: 22) auf studentische Mitarbeitende. In den vollkonsolidierten Tochtergesellschaften wurden im Geschäftsjahr keine (Vorjahr: eine) Person in Vollzeit und unverändert zum Vorjahr drei Personen in Teilzeit beschäftigt.

Organbezüge

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2025 betragen 1.092 TEUR (Vorjahr: 1.064 TEUR). Die Vergütung und der Kostenersatz an Mitglieder des Aufsichtsrats betragen in Summe 153 TEUR (Vorjahr: 152 TEUR).

Vorstand

Zum Vorstand sind bestellt:

Goran Bašić, Nürnberg

Marktfunktion für das Kreditgeschäft gemäß Mindestanforderungen an das Risikomanagement, verantwortlich für Finanzierung Erneuerbare Energien und Immobilien, Beteiligungen, Eigenanlagen und Nachhaltigkeit

Dietmar von Blücher, Viernheim und Nürnberg

Vorstandssprecher, verantwortlich für Kundenmanagement und Privatkundengeschäft, Organisationsmanagement, IT- und Projektmanagement, Unternehmensentwicklung (einschließlich PR&IR), Vorstandsreferat und Personal, bis 31. Januar 2026 außerdem Analyse und Betreuung Kreditportfolio

bestellt zum 1. Februar 2026:

Dr. Nicole Handschuer, Grassau

verantwortlich für die Bereiche Analyse und Betreuung Kreditportfolio, Rechnungswesen, Steuern & Operations, Controlling & Analytik, Risikomanagement & Steuerung (einschließlich Meldewesen), Recht & Compliance, Interne Revision

ausgeschieden mit Ablauf des 31. Januar 2026:

Heike Schmitz, Seevetal und Nürnberg

Verantwortlichkeit wie jetzt Dr. Nicole Handschuer (ausgenommen Analyse und Betreuung Kreditportfolio)

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2025 wie folgt zusammen:

Georg Schürmann, selbständiger Unternehmensberater, ab 01.07.2025
Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Michael Kemmer, Mitglied von Aufsichts- und Verwaltungsräten verschiedener
Gesellschaften, bis 30.06.2025 Aufsichtsratsvorsitzender

Silke Stremlau, Geschäftsführerin der Finance for Transition – F4T gGmbH, Berlin,
stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende

Susanne Horn, Director Corporate Development, DEHN SE, Neumarkt i.d.Opf.

Heinrich Klotz, Notar a.D.

Finja Carolin Kütz, Senior Advisor, Aufsichtsrätin und Investorin

Kredite an Aufsichtsrat / Vorstand

Gegenüber Mitgliedern des Vorstands und Aufsichtsrats bestanden zum 31.12.2025 keine
Kredite, Avale oder Garantien.

VI. Nachtragsbericht

Im Geschäftsjahr 2025 wurden Verträge zum Verkauf von zwei Immobilien der Gesellschaft
Volksbau 2018 GmbH & Co. KG an externe Investoren unterzeichnet. Der wirtschaftliche
Übergang der Immobilien erfolgte im ersten Halbjahr 2026. Außerdem wurden im ersten
Halbjahr 2026 weitere Verträge zum Verkauf von Immobilien der Gesellschaften Visavis
Wohnungsbau GmbH & Co. KG und Volksbau Freiburg GmbH & Co. KG an externe Investoren
unterzeichnet. Der wirtschaftliche Übergang dieser Immobilien wird im weiteren
Jahresverlauf 2026 erwartet. Die Transaktionen werden zum Konzernergebnis positiv
beitragen.

Nürnberg, den 12. Juni 2026

UmweltBank AG, Nürnberg
Der Vorstand

Goran Bašić
Mitglied des Vorstands

Dietmar von Blücher
Sprecher des Vorstands

Dr. Nicole Handschauer
Mitglied des Vorstands

Anlage 1
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2025

UmweltBank -Gruppe	Anschaffungs- und Herstellungskosten					kumulierte Abschreibungen					Buchwert	
	01.01.2025 TEUR	Zugang TEUR	Abgang TEUR	Umbuchung TEUR	31.12.2025 TEUR	01.01.2025 TEUR	Zugang TEUR	Abgang TEUR	Umbuchung TEUR	31.12.2025 TEUR	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
1. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	745.462	431.295	-61.305	0	1.115.451	0	0	0	0	0	1.115.451	745.462
2. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	44	99.870	0	0	99.914	0	0	0	0	0	99.914	44
3. Beteiligungen	2.130	0	-249	215	2.096	-116	0	15	0	-101	1.995	2.014
4. Anteile an assoziierten Unternehmen	25.900	7.563	-6.351	-215	26.897	-3.803	-29	0	0	-3.832	23.065	22.097
5. Anteile an verbundene Unternehmen	1.947	2	-1.670	0	279	-829	0	814	0	-15	264	1.118
6. Immaterielle Anlagenwerte												
davon: erworbene Konzessionen und gewerbliche Rechte	4.381	10	0	0	4.391	-3.642	-244	0	0	-3.887	504	739
	4.381	10	0	0	4.391	-3.642	-244	0	0	-3.887	504	739
7. Sachanlagen												
davon: Grundstücke und Bauten	440.119	57.337	-94.930	0	402.526	-19.062	-8.591	8.843	0	-18.810	383.716	421.057
davon: Technische Anlagen und Maschinen	9	0	0	0	9	-9	0	0	0	-9	0	0
davon: Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.199	0	-11	0	4.188	-354	-208	0	0	-562	3.625	3.845
davon: Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	34.014	15.132	-34.421	0	14.725	0	0	0	0	0	14.725	34.014
	478.341	72.469	-129.362	0	421.448	-19.425	-8.799	8.843	0	-19.381	402.066	458.916
Gesamt	1.258.205	611.209	-198.937	0	1.670.476	-27.815	-9.072	9.672	0	-27.216	1.643.259	1.230.390

In der Tabelle kann es zu Differenzen kommen, die auf Rundung zurückzuführen sind.

**Aufstellung des Anteilsbesitzes im Sinne des § 313 Abs.2 HGB
zum 31.12.2025**

In den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen

Im Wege der Vollkonsolidierung einbezogene Tochterunternehmen

Firma	Name	Sitz	Prozent
100	UmweltBank AG	Nürnberg	100,00
101	UmweltProjekt GmbH	Nürnberg	100,00
301	Gisela 36 Wohnungsbau GmbH & Co. KG	Nürnberg	100,00
302	Volksbau Tübingen II GmbH & Co. KG	Berlin	93,85
304	Volksbau Freiburg GmbH & Co. KG	Nürnberg	89,50
305	Volksbau Bamberg GmbH & Co. KG	Berlin	89,50
309	Volksbau Nürnberg GmbH & Co. KG	Berlin	89,47
313	Volksbau 2018 GmbH & Co. KG	Berlin	85,50
314	Volksbau Wangen GmbH & Co. KG	Berlin	89,50
316	Volksbau Tübingen GmbH & Co. KG	Tübingen	89,50

Im Wege der Quotenkonsolidierung einbezogene Tochterunternehmen

Firma	Name	Sitz	Prozent
320	Volksbau Freiburg II GmbH & Co KG	Berlin	50,00

Im Wege der Equity-Methode einbezogene Unternehmen

Firma	Name	Sitz	Prozent	Eigenkapital	Ergebnis
				EUR	EUR
203	Klimaprojekt Sonnenkraft 1 GmbH & Co. KG	Köthen (Anhalt)	50,00	1.258.398	155.008
210	e.n.o Windpark GmbH & Co. Wilmersdorf KG	Rerik	29,37	4.960.000*	363.917*
214	KWA Solarkraftwerk Arenborn GmbH & Co. KG	Stuttgart	36,96	2.626.879**	326.879**
307	Quartier RyckKant Greifswald GmbH & Co. KG	Berlin	50,00	9.032.579	-1.576.338
321	Visavis Wohnungsbau GmbH & Co. KG	Berlin	45,00	3.340.045	-404.630
401	3Banka a.d.	Novi Sad	29,85	56.179.000	9.054.000
402	Utopia GmbH	München	26,84	26.003**	-223.462**

* Vorjahreswerte per 31.12.2024

** vorläufiger Jahresabschluss 2025

Nicht konsolidierte Unternehmen

Firma	Name	Sitz	Prozent	Eigenkapital	Ergebnis
				EUR	EUR
102	UmweltProjekt Verwaltungs GmbH	Nürnberg	100,00	25.918	598
201	Klimaprojekt Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	Köthen (Anhalt)	50,00	77.657	26.534
202	Klimaprojekt Grundbesitz GmbH & Co. KG	Köthen (Anhalt)	50,00	2.000	34.474
211	Windpark Fonds Amesdorf-Wellen GmbH & Co. KG	Regenstauf	26,72	1.548.456*	1.322.106*
212	Windpark Altenbruch-Ost GmbH & Co. KG	Cuxhaven	24,99	6.069.247*	312.929*
303	Volksbau Tübingen II Verwaltungs GmbH	Nürnberg	100,00	56.062	3.609
306	Volksbau Bamberg Verwaltungs GmbH	Nürnberg	100,00	41.490*	3.076*
308	Quartier RyckKant Greifswald Verwaltungs GmbH	Berlin	100,00	28.148*	1.079*
310	Volksbau Nürnberg Verwaltungs GmbH	Nürnberg	100,00	49.646	3.458
311	Volksbau 2018 Verwaltungs GmbH	Nürnberg	100,00	48.597	1.552
312	Volksbau Freiburg Verwaltungs GmbH	Nürnberg	100,00	44.513	2.881
315	Volksbau Wangen Verwaltungs GmbH	Nürnberg	100,00	41.873*	2.926*
317	Volksbau Tübingen Verwaltungs GmbH	Nürnberg	100,00	38.361*	2.708*
319	Volksbau Freiburg II Verwaltungs GmbH	Berlin	100,00	34.143	2.813
403	Naturata AG	Marbach	13,44	4.023.822**	21.526**
327	Liebschützberg Solarenergie UG (haftungsbeschränkt)	Nürnberg	70,00	2.500	0

* Vorjahreswerte per 31.12.2024

** vorläufiger Jahresabschluss 2025

Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2025

	Eigenkapital des Mutterunternehmens								Nicht beherrschende Anteile			Konzern-	
	gezeichnetes Kapital			Rücklagen					Konzern- Bilanzgewinn	Summe	Nicht beherrschende Anteile vor Eigenkapital-differenz aus Währungs-umrechnung und Jahres-ergebnis	Summe	Summe
	Gezeichnetes Kapital	Eigene Anteile	Summe	Kapitalrücklage		Gewinnrücklagen							
				nach §272 Abs. 2 Nr. 1-3 HGB	Summe	andere Gewinn-rücklagen	Summe	Summe					
Stammaktien	Stammaktien												
Werte in TEUR													
01.01.2024	36.058	-11	36.048	108.673	108.673	116.485	116.485	261.206	978	978	6.792	6.792	268.976
Kapitalerhöhung/ -herabsetzung													
Erwerb/ Veräußerung eigener Anteile	0	5	5	0	0	41	46	46	0	0	0	0	46
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	59		59	0	0	-57	-57	2	0	0	250	250	252
Einstellung in / Entnahme aus Rücklagen	0		0	0	0	-207	-207	-207	-1.332	-1.332		0	-1.539
Sonstige Veränderungen	0		0	0	0	-559	-559	-559	-206	-206		0	-765
Änderungen des Konsolidierungskreises	0		0	0	0	-442	-442	-442	689	689	1.612	1.612	1.859
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0		0	0	0	0	0	0	-26.717	-26.717	305	305	-26.412
31.12.2024	36.116	-6	36.112	108.673	108.673	115.261	115.261	260.046	-26.588	-26.588	8.959	8.959	242.417
01.01.2025	36.116	-6	36.112	108.673	108.673	104.354*	104.354*	249.139*	-26.588	-26.588	8.959	8.959	231.510*
Kapitalerhöhung/ -herabsetzung													
Ausgabe von Anteilen	5.166		5.166	15.498	15.498	0	0	20.664	0	0	0	0	20.664
Erwerb/ Veräußerung eigener Anteile	0	3	3	0	0	11	11	14	0	0	0	0	14
Einziehung von Anteilen	0		0	0	0	130	130	130	0	0	0	0	130
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	114		114	0	0	-1.046	-1.046	-932	0	0	-306	-306	-1.238
Einstellung in / Entnahme aus Rücklagen	0		0	0	0	7.297	7.297	7.297	-1.295	-1.295		0	6.002
Sonstige Veränderungen	0		0	0	0	134	134	134	-6.214	-6.214		0	-6.080
Änderungen des Konsolidierungskreises	0		0	0	0	0	0	0	0	0	-917	-917	-917
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	0		0	0	0	0	0	0	11.398	11.398	865	865	12.263
31.12.2025	41.396	-3	41.395	124.171	124.171	110.880	110.880	276.446	-22.699	-22.699	8.601	8.601	262.348

* Vorjahreswerte wurden aufgrund der Umgliederung des Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung angepasst

Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2025

	2025	2024
	TEUR	TEUR
1. Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern)	12.264	-26.412
2. Abschreibungen, Wertberichtigungen/Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	427	14.090
3. Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-4.077	7.822
4. Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-9.568	-18.355
5. Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	290	18.149
6. Sonstige Anpassungen (Saldo)	-1.383	-2.302
7. Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	-279.643	-2.012.790
8. Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	155.772	198.566
9. Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	0	20.441
10. Zunahme/Abnahme andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	2.246	-84.998
11. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-175.847	-400.326
12. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	719.819	958.531
13. Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-13.166	11.794
14. Zinsaufwendungen/Zinserträge	-51.296	-43.371
15. Ertragsteueraufwand/-ertrag	-4.093	12.474
16. Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	129.076	135.612
17. Gezahlte Zinsen	-76.753	-86.303
18. Ertragsteuerzahlungen	4.093	-15.625
19. Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	408.161	-1.313.004
20. Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	61.305	1.268.376
21. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-531.164	-26.631
22. Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	121.728	34.963
23. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-72.469	-40.331
24. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-10	-243
25. Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-949	0
26. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-421.559	1.236.134
27. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	18.735	2
28. Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	-3.641	0
29. Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	-1.692	-71
30. Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	295	-525
31. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	13.697	-594
32. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 19, 26, 31)	299	-77.464
33. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	38.831	116.295
34. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	39.130	38.831

In der Tabelle kann es zu Differenzen kommen, die auf Rundung zurückzuführen sind.

Die Kapitalflussrechnung ist entsprechend der Empfehlung des DRS 21 gegliedert. Der Finanzmittelfonds der Kapitalflussrechnung besteht aus dem Bilanzposten Barreserve. Davon sind 4.508 TEUR an die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EDB) GmbH verpfändet. Der Finanzmittelfonds enthält keine Bestände von quotaal einbezogenen Unternehmen.

Konzernlagebericht des **UmweltBank Konzerns, Nürnberg,** **Geschäftsjahr 2025**

1 Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Konzernmuttergesellschaft UmweltBank Aktiengesellschaft (UmweltBank oder UmweltBank AG) ist ein im Freiverkehr der Börse München im Marktsegment m:access sowie im Scale-Segment der Deutschen Börse gelistetes Kreditinstitut. Seit Erhalt der Vollbanklizenz im Jahr 1997 verbindet das Unternehmen Bankgeschäfte mit ökologischen und sozialen Ansprüchen. Die Kernkompetenz der Bank liegt in der Finanzierung von Erneuerbare-Energien-Projekten und Immobilien sowie im Angebot von nachhaltigen Geldanlagen. Als Ergänzung zum Kundengeschäft und zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung betreibt die Bank das Eigengeschäft. Die Wertpapiere im Eigenbestand (Depot A) werden ebenfalls nach ökologischen Kriterien ausgewählt.

Organe der UmweltBank AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Als weiteres Gremium sieht die Satzung den Umweltrat vor. Dieser hat eine Beratungsfunktion gegenüber den gesetzlichen Organen und tritt regelmäßig zu Informations- und Beratungsgesprächen zusammen. Soweit gesetzlich zulässig, können dem Umweltrat im Rahmen der Geschäftsordnung weitere Aufgaben übertragen werden.

Mit ihren rund 430 Mitarbeitenden am Firmensitz in Nürnberg betreut die Direktbank über 184.000 private sowie gewerbliche Kundinnen und Kunden in ganz Deutschland. Diesen bietet die Bank ein Portfolio an nachhaltigen Finanzdienstleistungen. Grundsätzlich berücksichtigen die angebotenen Produkte und Dienstleistungen Nachhaltigkeitsaspekte, welche die Bank in ihren Grundsätzen für Anlageprodukte und Finanzierungen offengelegt hat.

Als wichtiges Unternehmensziel ist Nachhaltigkeit **wie folgt in der Satzung verankert:** „Die UmweltBank fördert die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft mit dem Ziel, eine lebenswerte Welt für kommende Generationen zu erhalten und zu schaffen. Die Bank orientiert sich bei ihrer Geschäftstätigkeit an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Insbesondere leistet sie Beiträge zur Verwirklichung von nachhaltigen Städten und Gemeinden, von bezahlbarer und sauberer Energie und zum Klimaschutz. Dabei achtet sie auf nachhaltige Produktion und Konsum sowie auf Geschlechtergerechtigkeit.“

Im Geschäft mit Privatkunden liegt der Schwerpunkt der UmweltBank AG auf dem Angebot von kurz- bis langfristigen Sparkonten (Tagesgeld und Festgeld) sowie dem Girokonto. Ebenso gehören als nachhaltig eingestufte Wertpapiere zum Produktspektrum der Bank: die UmweltBank-Aktie, eigene Anleihen, Projekt- und Unternehmensanleihen anderer Emittenten sowie Investmentfonds. Daneben bietet die Bank drei hauseigene aktiv gemanagte Fonds sowie zwei ETFs an, deren Zusammenstellung auf dem Nachhaltigkeitsansatz der UmweltBank AG basiert.

Im Firmenkundengeschäft liegt der Fokus auf der Finanzierung von Erneuerbare-Energien-Projekten sowie Immobilien in Deutschland. Im Geschäftsfeld der erneuerbaren Energien finanziert die UmweltBank AG Photovoltaikanlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen und PPA-Projekte), Windenergieanlagen und Batterieenergiespeichersysteme. Im Geschäftsfeld Immobilien finanziert die Bank Mietwohnprojekte, Gewerbeimmobilien, Investorenprojekte, Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kindergärten und Kitas sowie Studentenwohnprojekte. Daneben bietet die Bank auch Ihren Firmenkunden eine ausgewählte Palette an Anlageprodukten an.

Die Bank ist unmittelbar oder mittelbar über ihre 100-%ige Tochter UmweltProjekt GmbH an Immobilien- und Energieprojekten sowie vereinzelt an anderen ausgewählten Unternehmen aus dem Nachhaltigkeitssektor beteiligt. Im Rahmen ihrer Strategie hat sich die Bank das Ziel gesetzt, bis Ende 2026 den Großteil der Beteiligungen abzubauen.

Die Aktien der UmweltBank AG sind im Freiverkehr der Börse München im Marktsegment m:access sowie im Scale-Segment der Deutschen Börse zum Handel zugelassen. Darüber hinaus sind sie an weiteren deutschen Börsen und Handelsplätzen handelbar. Die GLS Gemeinschaftsbank eG hält nach Kenntnisstand der Gesellschaft rund 15 % der Anteile der UmweltBank AG. Weitere Anteilshaber, die 10 % oder mehr der Anteile besitzen würden, sind der Gesellschaft nicht bekannt. Nach ihrem Kenntnisstand befinden sich die übrigen Aktien somit im Streubesitz.

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2025 waren neben der UmweltBank als Muttergesellschaft noch neun (Vorjahr: 9) Tochterunternehmen vollkonsolidiert einbezogen. Ein (Vorjahr: 1) Unternehmen wird mit einer Beteiligung in Höhe von 50 % quotenkonsolidiert und sieben (Vorjahr: 8) Unternehmen, an denen die Bank mit Beteiligungsquoten zwischen 26 % bis maximal 50 % **beteiligt ist, wurden als assoziierte Unternehmen „at equity“** in den Konzernabschluss einbezogen. Die Naturata AG wird aufgrund des fehlenden maßgeblichen Einflusses und ihrer untergeordneten Bedeutung nicht mehr im Konzernabschluss berücksichtigt (Vorjahr: Equity-Methode). Es werden 15 (im Vorjahr: 16) Unternehmen nicht im Konzernabschluss berücksichtigt, da die Berücksichtigung dieser Unternehmen für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung ist.

1.2 Steuerungssystem

Der UmweltBank Konzern (**im Folgenden „Konzern“**) wird durch die bankgeschäftlichen Aktivitäten der UmweltBank dominiert. Vor diesem Hintergrund stellt der Vorstand für die Steuerung des Konzerns auf das Steuerungssystem der Bank ab.

Die bedeutsamen finanziellen Indikatoren umfassen das Konzern-Betriebsergebnis vor Steuern, die Konzern-Bilanzsumme, das Aufwands-Ertrags-Verhältnis und die Eigenkapitalrentabilität.

Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis wird als prozentuales Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen definiert. Die Aufwendungen setzen sich zusammen aus den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen und den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen. Die Erträge sind als Summe aus dem Zinsergebnis, dem Finanzergebnis, dem Provisions- und Handelsergebnis, dem Risikovorsorgeergebnis für Kundenkredite, dem Bewertungsergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und dem sonstigen betrieblichen Ergebnis definiert.

Die Eigenkapitalrentabilität ergibt sich als Verhältnis des Ergebnisses vor Steuern und dem durchschnittlichen Eigenkapital des Geschäftsjahres.

Als bedeutsamen nichtfinanziellen Leistungsindikator betrachtet die UmweltBank AG die Zufriedenheit der Mitarbeitenden. In regelmäßigen Abständen (mindestens alle zwei Jahre) erhebt sie über eine bankweite Befragung aller Mitarbeitenden das sogenannte Mitarbeitendenengagement. Dabei werden die vier Werte Arbeitszufriedenheit, Motivation, Bindung und Weiterempfehlungsrate erfasst und in einen Score überführt, den sogenannten SINNdex. Dieser kann einen Wert zwischen 0 % und 100 % betragen, wobei 100 % maximale Zufriedenheit widerspiegelt.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft sah sich auch 2025 konfrontiert mit konjunkturellen sowie strukturellen Herausforderungen, konnte jedoch nach zwei Jahren der Rezession leicht wachsen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,2 % im Vergleich zu 2024. Bremsend für die deutsche Wirtschaftsleistung wirkten weiterhin hohe Energiekosten sowie bürokratische und infrastrukturelle Hürden. Die deutsche Exportwirtschaft sah sich im vergangenen Jahr insbesondere mit höheren US-Zöllen, einem starken Euro aber auch mit einer erstarkenden globalen Konkurrenz konfrontiert. Insgesamt sank die preisbereinigte Bruttowertschöpfung 2025 leicht um 0,1 %. Dabei ging die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe 2025 um 1,3 % zurück. Das Baugewerbe verzeichnete sogar ein Minus von 3,6 %. Der Dienstleistungsbereich sendete gemischte Signale. Zulegen konnte beispielsweise der Einzelhandel, während das Gastgewerbe weniger erwirtschaftete als im Vorjahr. Positive Impulse kamen hingegen aus dem privaten sowie dem staatlichen Konsum. Die preisbereinigten privaten Konsumausgaben stiegen um 1,4 %, der Staatskonsum sogar um 1,5 %. Die Verbraucherpreise in Deutschland erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,2 %. Daneben stiegen die Tariflöhne 2025 nominal um durchschnittlich 2,6 % gegenüber dem Vorjahr, wodurch sich ein leichter realer Zuwachs von

0,4 Prozent ergab. In dem herausfordernden Umfeld zeigte sich der deutsche Arbeitsmarkt weiterhin robust. Im Jahresdurchschnitt 2025 waren rund 46,0 Millionen Menschen erwerbstätig, ein leichter Rückgang im Vergleich zum Rekordjahr 2024 (46,1 Millionen).

Die EZB setzte 2025 ihre expansive Geldpolitik fort. Infolgedessen wurden die Leitzinsen im Laufe des Jahres in vier Schritten von 3,15 % auf 2,15 % abgesenkt. Die Verzinsung der Einlagenfazilität sank im gleichen Zeitraum von 3,0 % auf 2,0 %. Ende des Jahres zeigte sich die EZB weiterhin zuversichtlich, dass sich die Inflation auf mittlere Sicht bei dem geldpolitischen Zielwert von 2 % stabilisieren dürfte. Zum weiteren geldpolitischen Kurs macht die EZB bewusst keine Aussage. Vielmehr wird dieser aufgrund der jeweils aktuellen Datenlage von Sitzung zu Sitzung bewertet. Insgesamt betonte die EZB zum Jahresende die Widerstandsfähigkeit der Banken im Euroraum. Nichtsdestotrotz bergen geopolitische Unsicherheiten und Verwerfungen an den Kapitalmärkten Risiken für die Finanzstabilität im Euroraum.

Die Stimmung am deutschen Immobilienmarkt blieb auch 2025 getrübt. Weiterhin bremsten hohe Material-, Energie- und Finanzierungskosten, der Fachkräftemangel aber auch in die Höhe geschraubte Baustandards und komplizierte Genehmigungsverfahren die Branche. Infolgedessen sank die Neubautätigkeit in Deutschland auch im vergangenen Jahr. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) schätzt, dass im Jahr 2025 lediglich 235.000 Wohnungen fertiggestellt wurden, bei einem geschätzten Wohnungsmangel in Deutschland von 720.000 Wohnungen im Jahr 2025. Immerhin konnten die Baugenehmigungen für Wohnungen einen leichten Anstieg verzeichnen. So wurden allein im Zeitraum von Januar bis November 2025 215.500 Wohnungen genehmigt – dies entspricht den Genehmigungen im Gesamtjahr 2024. Bei den Immobilienpreisen setzte sich die Erholung im Jahr 2025 fort. Gemäß Angaben des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken (vdp) stiegen die Wohnimmobilienpreise bundesweit im Jahresvergleich um 4,2 % und die Preise für Gewerbeimmobilien legten um 3,5 % zu. Gleichzeitig setzte sich 2025 der Aufwärtsdruck bei Mieten fort. Dies betrifft insbesondere die Neuvertragsmieten, während die Bestandsmieten weiterhin auf moderatem Niveau verharren. Diese auseinanderklaffende Entwicklung verstärkt die Anspannung am Wohnungsmarkt und macht es – insbesondere in den Ballungsräumen – selbst für Haushalte mit mittleren Einkommen zunehmend schwieriger, bedarfsgerechten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Verschärft wird die Situation durch eine hohe Zuwanderung und sinkende Investitionen im Wohnungsbau.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland hat 2025 weitere Fortschritte gemacht. So stieg die installierte Leistung um rund 21 Gigawatt auf insgesamt rund 210 Gigawatt - eine Steigerung von 11 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Diese Entwicklung wird insbesondere getragen von den Energieträgern Wind und Solar. Deutschlandweit wurden im Jahr 2025 958 neue Windenergieanlagen an Land mit einer Gesamtleistung von rund 5,2 Gigawatt errichtet. Bezogen auf die Leistung legte der Brutto-Zubau um 58 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der Zubau von Photovoltaikanlagen betrug 2025 laut Bundesnetzagentur 16,4 Gigawatt, nach 16,2 Gigawatt im Vorjahr.

2.2 Geschäftsverlauf des UmweltBank Konzerns

Der Geschäftsverlauf des Konzerns ist wesentlich geprägt durch den Geschäftsverlauf der UmweltBank. Das Berichtsjahr des Konzerns war erneut maßgeblich geprägt vom laufenden

Transformationsprozess der UmweltBank AG sowie der Umsetzung der Anfang 2025 vorgestellten geschärften strategischen Ausrichtung. Die Strategie sieht einen deutlichen Ausbau des Passivgeschäfts vor. In diesem Rahmen führte die Bank im Juli 2025 ein Girokonto für Privatkunden ein. Weiterhin soll die langjährige und umfangreiche Erfahrung im Projektfinanzierungsgeschäft für weiteres Wachstum genutzt werden, gerade im stark wachsenden Segment der Erneuerbaren Energien. Hier wurden 2025 die ersten Geschäfte zur Finanzierung von großen Batterieenergiespeichersystemen angebahnt – ein Geschäftsfeld, welches die UmweltBank AG sukzessive erschließt. Weiterhin wurde der geplante Abbau des Beteiligungsgeschäfts vorangetrieben. So wurden im Jahr 2025 fünf Immobilienobjekte im Zuge von Asset Deals veräußert, wobei bei zwei Objekten das Closing noch aussteht. Darüber hinaus hat die Bank Maßnahmen zur Vorbereitung weiterer Transaktionen eingeleitet.

Trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen verlief das Privatkundengeschäft erfreulich. So gelang es der Bank 2025 fast 30.000 neue Kundinnen und Kunden zu gewinnen, ein Plus von 19 % gegenüber dem Vorjahr. Der Bestand der Privatkundeneinlagen stieg im gleichen Zeitraum um rund 775 Mio. Euro. Im Wertpapiergeschäft wurde wie geplant eine Projektanleihe platziert. Daneben wurde Ende des Jahres eine digitale Anlageberatung eingeführt. Hervorzuheben ist die mit rund 4.200 hohe Anzahl neu eröffneter Depots. Neben dem **Mitte 2024** gestarteten „UmweltBank ETF - Global SDG Focus“, der per **31.12.2025** bereits ein Fondsvolumen von 63 Mio. Euro vorweisen konnte, brachte die Bank im August 2025 einen zweiten ETF auf den Markt, den UmweltBank UCITS ETF – Green & Social Bonds Euro (WKN A41CHM). Per Ende 2025 wies der Anleihe-ETF ein Fondsvolumen von 105 Mio. Euro auf (inkl. Startkapital). Zum Jahresende 2025 betrug das Volumen der hauseigenen Fonds 290 Mio. Euro (Vorjahr: 152 Mio. Euro). Im Firmenkundengeschäft konnte eine Brutto-Neukreditvergabe von rund 120 Mio. Euro erreicht werden.

Seit 1. August 2025 verstärkt Dr. Nicole Handschuer zunächst als Generalbevollmächtigte die Kredit-Marktfolge sowie das Risikomanagement der UmweltBank AG. Zum 1. Februar 2026 ist sie in den Vorstand der Bank aufgerückt und folgt damit auf Heike Schmitz, die zum Ende ihres Vertrags planmäßig am 31. Januar 2026 aus der UmweltBank AG ausschied.

Im Februar 2024 hatte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC als Sonderbeauftragten gemäß § 45c KWG bei der UmweltBank AG eingesetzt. Ziel war es, die Umsetzung von Maßnahmen zur Behebung aufsichtsrechtlicher Defizite in der UmweltBank AG zu überwachen. Die bis zum 14. Juli 2025 angesetzte Bestellung lief aufgrund der erzielten Fortschritte bei der Behebung der Defizite aus. Damit endete auch die Tätigkeit des Sonderbeauftragten.

Die UmweltBank AG hat im Rahmen einer am 26. August 2025 beschlossenen Bezugsrechtskapitalerhöhung gegen Bareinlage aus genehmigtem Kapital insgesamt 5.165.754 neue Inhaberstückaktien platziert. Das entspricht einer Erhöhung des Grundkapitals um rund 14 %. Der UmweltBank AG floss insgesamt ein Bruttoemissionserlös in Höhe von 20.663.016 Euro zu. Die Mittel dienen der Stärkung der Kapitalausstattung und sollen gemäß ihrer Wachstumsstrategie zur Ausweitung des Kreditgeschäfts verwendet werden.

Das fortlaufende Wachstum der UmweltBank AG trifft auf begrenzte räumliche Kapazitäten am bisherigen Firmensitz. Daher baut die Bank derzeit ein neues Firmengebäude in Nürnberg,

welches im Jahr 2026 bezogen werden soll. Freie Flächen im sogenannten "UmweltHaus" sollen an gewerbliche Parteien vermietet werden. Das erworbene Grundstück bietet darüber hinaus Raum für die Errichtung weiterer Immobilien. Hier befindet sich die UmweltBank AG noch im Prozess der städtebaulichen Planung.

Die Bilanzsumme des UmweltBank Konzerns belief sich Ende 2025 auf 7.031,0 Mio. Euro, eine Zunahme von 8,4 % gegenüber dem Vorjahr. Einzelheiten zur Entwicklung sind den Erläuterungen zur Bilanzentwicklung zu entnehmen.

Das Geschäftsvolumen des UmweltBank Konzerns in Höhe von 7.253,0 Mio. Euro, bestehend aus der Bilanzsumme in Höhe von 7.031,0 Mio. Euro, Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 92,2 Mio. Euro sowie unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 129,8 Mio. Euro, stieg im Jahr 2025 um 6,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 2025 hat die UmweltBank AG ökologische und soziale Immobilien mit einem Volumen von 56 Mio. Euro (Vorjahr: 103 Mio. Euro) neu finanziert. Die Kreditnehmer waren dabei im Rahmen der strategischen Ausrichtung ausschließlich Firmenkunden. Der Immobilienmarkt zeigte sich 2025 erneut eher unruhig. In vielen Assetklassen besteht am Markt weiterhin Zurückhaltung und Vorsicht. Daher konzentrierten sich die Geschäftsabschlüsse wieder überwiegend auf Vorhaben im Bereich Wohnen. Für das Jahr 2026 ist geplant die private Baufinanzierung im Rahmen von Baugemeinschaften wieder einzuführen.

Im Rahmen ihrer neuen strategischen Ausrichtung fokussierte sich die Bank in der Kreditvergabe ausschließlich auf Firmenkunden, wodurch das Geschäftsfeld der privaten Baufinanzierung nicht weiter aktiv verfolgt wurde. Der Geschäftsbereich Immobilienprojektfinanzierung war überwiegend geprägt von Vorhaben im Bereich Wohnen.

Im Geschäftsjahr 2025 vergab die UmweltBank AG neue Darlehen in Höhe von 62 Mio. Euro (Vorjahr: 147 Mio. Euro) an Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien mit einer Gesamtleistung von 58 Megawatt (Vorjahr: 114 Megawatt). Die Nachfrage von Seiten des Marktes lag dabei deutlich über dem – durch die erhöhten Eigenmittelanforderungen eingeschränkten – möglichen Neukreditvolumen.

Im Jahr 2025 finanzierte die UmweltBank AG Photovoltaikanlagen mit einem Volumen in **Höhe von 23 Mio. Euro (Vorjahr 75 Mio. €) und einer Leistung von rund 40 MWp (Vorjahr 87 MWp)**. Im Bereich der Windkraftanlagen wurde im Jahr 2025 mit 39 Mio. Euro (Vorjahr: 72 Mio. Euro) Neukreditvolumen eine Anlagenleistung von rund 18 MW (Vorjahr 27 MW) finanziert. Zudem wurden die ersten Geschäfte zur Finanzierung von großen Batterieenergiespeichersystemen (BESS) angebahnt, welche im Jahr 2026 zum Abschluss gebracht werden sollen.

Bei der Branchenverteilung des Kreditportfolios (Darlehen für nachhaltige Projekte, inklusive offener Zusagen) lagen im Jahr 2025 die Wohn-, Sozial- und Gewerbeimmobilien mit einem Anteil von 39,0% (2024: 37,9%) an erster Stelle. Auf Projekte im Bereich Sonnenenergie entfielen 34,5% (2024: 35,1%), gefolgt von Windkraftkrediten mit 22,8% (2024: 22,7%). Das sonstige Kreditvolumen mit einem Anteil von 3,7% (2024: 4,3%) beinhaltet unter anderem Biomasse & Wärmekonzepte, Wasserkraftkredite und nachhaltige Landwirtschaft.

Im Geschäftsjahr 2025 wies das Konzern-Jahresergebnis vor Steuern einen Gewinn in Höhe von 3,2 Mio. Euro aus. Einzelheiten zur Entwicklung sind der Ertragslage zu entnehmen.

Die Anzahl der für den Konzern tätigen Mitarbeitenden und Werkstudierenden wuchs zum Jahresende auf rund 435 Personen (Vorjahr: 380). Umgerechnet auf eine 40-Stunden-Woche stieg die Anzahl der Beschäftigten um 14,9 % auf 365,1 Personen (Vorjahr: 317,8). Darin enthalten ist ein Auszubildender.

2.3 Lage

2.3.1 Ertragslage

UmweltBank-Gruppe	01.01. - 31.12.2025	01.01. - 31.12.2024	Veränderung in	Veränderung in
Gewinn- und Verlustrechnung	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsergebnis	51.296	39.199	12.097	30,9
Finanzergebnis	2.430	-9.918	12.348	> 100,0
Risikovorsorge und Bewertungsergebnis (Aufwand (-) / Ertrag (+))	-3.286	-3.216	70	2,2
Zins-, Finanz- und Bewertungsergebnis	50.440	26.065	24.375	93,5
Provisions- und Handelsergebnis	6.909	5.172	1.737	33,6
sonstige Aufwendungen (-) / Erträge (+)	28.582	17.276	11.306	65,4
Ergebnis vor Verwaltungsaufwand und Steuern	85.931	48.513	37.418	77,1
Personalaufwand	-30.332	-26.203	-4.129	15,8
Andere Verwaltungsaufwendungen	-43.386	-41.235	-2.151	5,2
darunter Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	-1.272	-1.822	-550	-30,2
Abschreibungen auf Anlagegüter	-9.043	-7.013	-2.030	29,0
Summe Verwaltungsaufwand	-82.761	-74.451	-8.311	11,2
Ergebnis vor Steuern	3.170	-25.938	29.108	> 100,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.094	-12.474	16.568	> 100,0
Auflösungen des/ Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	5.000	12.000	-7.000	-58,3
Konzernjahresüberschuss / -fehlbetrag	12.264	-26.412	38.676	> 100,0
Einstellung in (+) / Entnahmen aus (-) Gewinnrücklagen	-1.132	-1.154	22	1,9
Zuführungen Rücklagen zur Ausgabe von Belegschaftsaktien (§ 204 Abs. 3 AktG)	-163	-178	15	8,4
Ergebnis nicht beherrschende Anteile	-865	-304	-561	> - 100,0
Gewinnvortrag (+) / Verlustvortrag (-) aus dem Vorjahr	-26.589	978	-27.567	> - 100,0
Veränderungen des Konsolidierungskreises und sonstige Veränderungen	-6.214	482	-6.696	> - 100,0
Konzernbilanzgewinn (+) / -verlust (-)	-22.699	-26.588	3.889	14,6

In der Tabelle kann es zu Differenzen kommen, die auf Rundung zurückzuführen sind.

Der Zinsüberschuss stieg von 39.199 TEUR im Jahr 2024 um 30,9 % auf 51.296 TEUR. Die Zinserträge stiegen um 2.547 TEUR, wohingegen die Zinsaufwendungen um 9.551 TEUR gesenkt werden konnten. Dies ist bedingt durch einen starken Anstieg des

Kundeneinlagenvolumens der Bank mit einer im Vergleich zum Vorjahr insgesamt niedrigeren Durchschnittsverzinsung und einer entsprechenden Anlage auf der Aktivseite mit einem positiven Zinsbeitrag.

Das Finanzergebnis enthält die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie den Saldo aus Zu- und Abschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere. Der Anstieg des Finanzergebnisses von - 9.918 TEUR im Jahr 2024 auf 2.430 TEUR im Berichtsjahr resultiert überwiegend aus deutlich gesunkenen Verlusten aus dem Abgang von Wertpapieren des Anlagevermögens der Muttergesellschaft in Höhe von 47 TEUR (Vorjahr: 23.975 TEUR). Demgegenüber standen gesunkene Erträge aus der Veräußerung von Beteiligungen, verbundenen Unternehmen und Wertpapieren.

Risikovorsorge und Bewertungsergebnis saldierten sich zu einem Aufwand in Höhe von 3.286 TEUR (Vorjahr: Aufwand in Höhe von 3.216 TEUR). Dieser saldierte Wert beinhaltet unter anderem das saldierte Ergebnis aus den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen in Höhe von 410 TEUR (Vorjahr: 1.715 TEUR). Der Risikovorsorgebestand für Einzel- und Pauschalwertberichtigungen belief sich auf 23.387 TEUR (Vorjahr: 19.233 TEUR), das sind 0,78 % (Vorjahr: 0,62 %) des ausgereichten Kundenkreditvolumens.

Das Provisions- und Handelsergebnis beinhaltet Provisionserträge und -aufwendungen der Muttergesellschaft aus dem Kredit-, Wertpapier- und Versicherungsgeschäft sowie aus dem Zahlungsverkehr. Durch den Vertrieb der Windkraft Anleihe SAB WindTeam 2025/30 (ISIN: DE000A383P89) wurde im Berichtsjahr ein Handelsergebnis in Höhe von 1.286 TEUR erzielt (Vorjahr: 0 EUR). Darüber hinaus ist der Ausbau des Wertpapiergeschäfts ursächlich für die Zunahme von 5.172 TEUR auf 6.909 TEUR.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge wies im Jahr 2025 einen Ertrag in Höhe von 28.582 TEUR aus (Vorjahr: 17.276 TEUR). Der Anstieg ist unter anderem begründet durch Sondereffekte aus Immobilientransaktionen der Tochterunternehmen im Einklang mit der strategischen Neuausrichtung der Bank.

Der Personalaufwand verzeichnete einen Zuwachs von 15,8 % auf 30.332 TEUR (Vorjahr: 26.203 TEUR). Der Anstieg resultiert primär aus der Zunahme der Beschäftigten in Umsetzung der Personalstrategie sowie aus Gehaltsanpassungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich von 41.235 TEUR im Vorjahr auf 43.386 TEUR im Jahr 2025. Die Zunahme ist überwiegend durch gestiegene Rechts- und Beratungskosten im Rahmen der Immobilientransaktionen begründet.

Nach Berücksichtigung des Steuerertrags in Höhe von 4.094 TEUR (Vorjahr: Aufwand in Höhe von 12.474 TEUR) sowie Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 5.000 TEUR (Vorjahr: Auflösung in Höhe von 12.000 TEUR) verbleibt ein Konzernjahresüberschuss in Höhe von 12.264 TEUR (Vorjahr Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von 26.412 TEUR).

2.3.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns war im Geschäftsjahr 2025 jederzeit gegeben. Der Konzern war jederzeit in der Lage, seine fälligen Verbindlichkeiten zu bedienen.

Die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) zu beachtende Kennziffer „Liquidity Coverage Ratio“ (LCR) lag am 31.12.2025 bei 978 % und damit deutlich über dem Mindestwert 100 %. Auch die längerfristige Liquiditätsquote, die „Net Stable Funding Ratio“ (NSFR), lag mit einem Wert per 31.12.2025 in Höhe von 235 % über dem Mindestwert von 100 %. Die Umwelt-Bank AG verfügt somit insgesamt über eine Liquidität, die deutlich über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht. Auch unterjährig konnten die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf die beiden Liquiditätskennzahlen fortlaufend erfüllt werden. Der im Rahmen der Überprüfung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos ermittelte aktuelle Überlebenshorizont im steuerungsrelevanten Stressszenario liegt mit 60 Monaten (Ende des Betrachtungszeitraumes) deutlich über dem strategischen Ambitionsniveau von 6 Monaten. Es gab im vergangenen Jahr keine eingetretenen Liquiditätsengpässe im Konzern. Die Liquiditätsausstattung des Konzerns ist deutlich ausreichend, um Zahlungsverpflichtungen aktuell und auch in Zukunft einzuhalten.

2.3.3 Vermögenslage

UmweltBank-Gruppe	2025	2024	Veränderung in	Veränderung in
Aktiva	TEUR	TEUR	TEUR	%
Barreserve	39.130	38.831	299	0,8
Forderungen an Kreditinstitute	2.306.461	2.026.819	279.643	13,8
Forderungen an Kunden	2.981.900	3.137.671	-155.772	-5,0
Sonstige Kundenforderungen	2.322.650	2.472.788	-150.137	-6,1
Durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen	656.153	661.569	-5.416	-0,8
Kommunalkredite	3.096	3.315	-218	-6,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.115.451	745.462	369.990	49,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	99.914	44	99.870	>100,0
Beteiligungen	1.995	2.014	-19	-0,9
Anteile an assoziierten Unternehmen	23.065	22.097	968	4,4
Anteile an verbundenen Unternehmen	264	1.118	-854	-76,4
Immaterielle Anlagenwerte	504	739	-234	-31,7
Sachanlagen	402.066	458.916	-56.850	-12,4
Sonstige Vermögensgegenstände	50.192	47.996	2.196	4,6
Rechnungsabgrenzungsposten	1.449	1.399	50	3,6

Aktive latente Steuern	8.589	3.256	5.333	> 100,0
Summe der Aktiva	7.030.980	6.486.361	544.619	8,4

In der Tabelle kann es zu Differenzen kommen, die auf Rundung zurückzuführen sind.

Im Vorjahresvergleich stiegen die Forderungen an Kreditinstitute von 2.026.819 TEUR auf 2.306.461 TEUR. Die Zunahme ist auf die Anlage überschüssiger Liquidität zurückzuführen, die sich aus dem Einlagenzufluss ergibt und die bei der Deutschen Bundesbank angelegt wird.

Der Bestand der Forderungen an Kunden sank geringfügig von 3.137.672 TEUR auf 2.981.900 TEUR. Volumenrückgänge waren aufgrund eines geringeren Brutto-Neugeschäfts der Muttergesellschaft zu verzeichnen.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere lag per 31. Dezember 2025 mit 1.115.451 TEUR deutlich über dem Niveau des Vorjahrs (745.462 TEUR). Ursächlich für die Zunahme ist eine Umschichtung von überschüssiger Liquidität in höher verzinsten festverzinsliche Schuldverschreibungen mit längerem Anlagehorizont.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren stieg im Berichtszeitraum von 44 TEUR auf 99.914 TEUR. Grund hierfür ist der Erwerb des im Anlagevermögen gehaltenen UmweltBank UCITS ETFs - Green & Social Bonds Euro (ISIN: LU3093383670) im Umfang von 99.870 TEUR.

Die Zunahme beim Bestand der Anteile an assoziierten Unternehmen von 22.097 TEUR auf 23.065 TEUR ist im Wesentlichen auf die Fortschreibung der Equity-Buchwerte zurückzuführen. Demgegenüber stand die Änderung der Konsolidierungsmethode der Naturata AG.

Die Sachanlagen verringerten sich im Wesentlichen infolge von Immobilienveräußerungen im Rahmen der Strategieumsetzung um 56.850 TEUR auf 402.066 TEUR.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen ist ein Anstieg in Höhe von 2.196 TEUR auf 50.192 TEUR zu verzeichnen. Diese Zunahme ist überwiegend auf eine von der Muttergesellschaft geleistete Sicherheit im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Firmensitzes sowie auf einen höheren Steuererstattungsanspruch der Muttergesellschaft zurückzuführen.

Die aktiven latenten Steuern sind von 3.256 TEUR auf 8.589 TEUR gestiegen. Der Posten bildet den Unterschied zwischen dem ausgewiesenen Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ab. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Unterschiede in der Ermittlung der Kundenforderungen und auf die Bildung aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge zurückzuführen.

UmweltBank-Gruppe	2025	2024	Veränderung in	Veränderung in
Passiva	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.888.061	2.063.908	-175.847	-8,5

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.529.924	3.810.105	719.819	18,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	44.000	44.000	0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	12.806	25.972	-13.166	-50,7
Rechnungsabgrenzungsposten	212	403	-192	-47,5
Passive latente Steuern	7.517	9.751	-2.234	-22,9
Rückstellungen	21.817	25.893	-4.076	-15,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	89.208	89.196	12	0,0
Genussrechtskapital	45.307	45.092	215	0,5
Fonds für allgemeine Bankrisiken	124.623	129.623	-5.000	-3,9
Eigenkapital	262.348	231.510	30.838	13,3
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung*	5.157	10.907	-5.750	-52,7
Summe der Passiva	7.030.980	6.486.361	544.619	8,4

In der Tabelle kann es zu Differenzen kommen, die auf Rundung zurückzuführen sind.

*Umgliederung aus dem Eigenkapital.

Neben dem Eigenkapital und den längerfristigen Einlagen dienen öffentliche Fördermittel für Umweltprojekte als langfristige Refinanzierungsquelle. Der weitaus größte Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfällt hierbei auf die KfW (1.433.807 TEUR; Vorjahr: 1.522.669 TEUR) und die Landwirtschaftliche Rentenbank (206.267 TEUR; Vorjahr: 229.278 TEUR). An die Förderbanken sind zur Sicherheit sowohl die refinanzierten Endkreditnehmerforderungen abgetreten als auch weitere Wertpapiere im Nominalwert von 152.000 TEUR verpfändet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich von 3.810.105 TEUR um 18,9 % auf 4.529.924 TEUR erhöht. Grund hierfür ist die Umsetzung des innerhalb der strategischen Neuausrichtung formulierten Ausbaus des Passivgeschäfts. Die täglich fälligen Kundeneinlagen belaufen sich auf 3.309.278 TEUR und machen 73,0 % (Vorjahr: 70,8 %) der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus. An zweiter Stelle folgen die anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist mit 808.881 TEUR bzw. einem Anteil von 17,9 % (Vorjahr: 16,7 %), an dritter Position die Spareinlagen mit 411.765 TEUR bzw. einem Anteil von 9,1 % (Vorjahr: 12,5 %).

Die verbrieften Verbindlichkeiten umfassen zwei Unternehmensanleihen der UmweltProjekt GmbH mit insgesamt 44.000 TEUR. Die erste Anleihe mit einem Emissionsvolumen von 20.000 TEUR hat eine Laufzeit bis 30.09.2029 und einen Zinscoupon von 2,3 % p.a. Die zweite Anleihe mit einem Emissionsvolumen von 24.000 TEUR hat eine Laufzeit bis zum 30.09.2031 und einen Zinscoupon von 1,75 % p.a.

Die sonstigen Verbindlichkeiten liegen mit 12.806 TEUR um 50,7 % unter dem Vorjahr. Der Rückgang ist überwiegend auf die Abnahme der abzuführenden Steuern zurückzuführen, die wiederum im Wesentlichen durch die abzuführende Kapitalertragssteuer, den Solidaritätszuschlag und die Kirchensteuer einer un versteuerten Ausschüttung der UmweltProjekt GmbH und einer niedrigeren abzuführenden Kapitalertragssteuer, eines niedrigeren Solidaritätszuschlags und einer niedrigeren Kirchensteuer auf Kapitalerträge aus dem Kundengeschäft der Muttergesellschaft im Dezember 2025 bedingt ist.

Die passiven latenten Steuern haben sich um 2.234 TEUR auf 7.517 TEUR verringert. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Veräußerung von Immobilien im Rahmen zweier Asset Deals der beiden vollkonsolidierten Tochtergesellschaften Volksbau Tübingen II GmbH & Co. KG und Volksbau Nürnberg GmbH & Co. KG zurückzuführen.

Die Abnahme der Rückstellungen von 25.893 TEUR im Vorjahr auf 21.817 TEUR im Berichtsjahr ist im Wesentlichen auf den Verbrauch einer Steuerrückstellung einer Tochtergesellschaft sowie auf eine geringere Rückstellung der Muttergesellschaft für ausstehende Rechnungen in Höhe von 292 TEUR (Vorjahr: 3.955 TEUR) zurückzuführen. Demgegenüber steht eine Zuführung der Muttergesellschaft zu den Rückstellungen für Steuern in Höhe von 2.500 TEUR (Vorjahr: Reduzierung 121 TEUR) für die Jahre 2020 bis 2022.

Der Posten Nachrangige Verbindlichkeiten beinhaltet den UmweltBank-CoCo-Bond 2016/2017 in Höhe von 26.329 TEUR (Vorjahr: 26.326 TEUR), den UmweltBank-Green-Bond-junior in Höhe von 42.767 TEUR (Vorjahr: 42.761 TEUR) und Namensschuldverschreibungen in Höhe von 20.112 TEUR (Vorjahr: 20.110 TEUR).

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich von 231.510 TEUR um 30.838 TEUR auf 262.348 TEUR. Der Anstieg ist überwiegend begründet durch eine Bezugsrechtskapitalerhöhung der Muttergesellschaft mit einem Bruttoemissionserlös in Höhe von 20.663 TEUR.

Der Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung verringerte sich von 10.907 TEUR um 5.750 TEUR auf 5.157 TEUR. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf der Immobilien der beiden vollkonsolidierten Tochtergesellschaften Volksbau Tübingen II GmbH & Co. KG und Volksbau Nürnberg GmbH & Co. KG.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen fielen auf 129.801 TEUR (Vorjahr: 238.987 TEUR). Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sanken auf 92.248 TEUR (Vorjahr: 98.314 TEUR).

Aufsichtsrechtliche Eigenmittel

Die Ermittlung der Eigenmittel erfolgt auf Ebene der UmweltBank AG. Eine aufsichtsrechtliche Konsolidierung ist nicht erforderlich und die Eigenkapitalanforderungen müssen nur auf Ebene der UmweltBank AG eingehalten werden. Die Eigenmittel liegen über den aktuellen gesetzlichen Anforderungen. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen nach Feststellung des Jahresabschlusses 2025 521,2 Mio. Euro (Vorjahr 505,2 Mio. Euro). Davon werden 397,1 Mio. Euro als hartes Kernkapital, 26,0 Mio. Euro als zusätzliches Kernkapital und 98,2 Mio. Euro als Ergänzungskapital eingestuft.

Der Anstieg an Eigenmitteln im Geschäftsjahr 2025 resultiert im Wesentlichen aus der Kapitalerhöhung 2025.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) einen Bescheid erlassen, wonach von der UmweltBank AG zum 31.12.2025 ein

Gesamtkapitalzuschlag von 3,2 %-Punkten einzuhalten war. Nach den zum Stichtag geltenden Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) ergeben sich für die UmweltBank AG zum Meldestichtag 31. Dezember 2025 folgende Kapitalquoten:

	Nach Feststellung Jahresabschluss 31.12.2025	Festgestellter Jahres- abschluss 31.12.2024
Gesamtkapitalquote	16,9 %	16,4 %
Kernkapitalquote	13,7 %	13,1 %
Harte Kernkapitalquote	12,8 %	12,3 %

Der Anstieg der Quote ist im Wesentlichen auf die Kapitalerhöhung 2025 zurückzuführen. Das Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2024/1623 (sog. CRR III) Anfang 2025 führte zu einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva, diesem konnte im Jahresverlauf jedoch erfolgreich gegengesteuert werden.

Die UmweltBank AG hat im Geschäftsjahr die SREP-Kapitalanforderungen für alle drei Quoten jederzeit eingehalten.

Nach den zum Stichtag geltenden Regelungen liegt mit Feststellung des Jahresabschlusses die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) der UmweltBank AG bei 6,1 % (Vorjahr: 6,3 %).

2.3.4 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren nutzte der Vorstand im Geschäftsjahr 2025 das Konzern-Betriebsergebnis vor Steuern, die Konzern-Bilanzsumme, das Aufwands-Ertrags-Verhältnis und die Eigenkapitalrentabilität. Darüber hinaus wurde der SINNDex – eine von der Bank definierte Kennzahl für die Mitarbeitendenzufriedenheit – als bedeutsamer nichtfinanzieller Leistungsindikator gemessen.

Das Konzern-Betriebsergebnis vor Steuern lag mit 3,2 Mio. Euro deutlich über Vorjahresniveau und unterhalb der Prognose von zwischen 10 und 15 Mio. Euro. Die Abweichungen resultieren primär aus Konsolidierungs- und Ergebniseffekten von mehreren Beteiligungsgesellschaften.

Der Zinsüberschuss lag deutlich über dem Wert des Vorjahres, aber unterhalb der Prognose. Das Provisions- und Handelsergebnis lag über dem Vorjahreswert und knapp unterhalb der prognostizierten Spanne. Das Finanzergebnis übertraf den Vorjahreswert deutlich und erfüllte die Prognose. Die Risikovorsorge war besser als der Vorjahreswert. Der Personalaufwand sowie der allgemeine Verwaltungsaufwand stiegen gegenüber dem Vorjahr an und lagen über dem Prognosewert.

Die Konzern-Bilanzsumme in Höhe von 7.031,0 Mio. Euro stieg im Jahr 2025 um 8,4 % gegenüber dem Vorjahr und lag damit unter dem prognostizierten Wert von rund 7,2 Mrd. Euro. Der Anstieg im Jahr 2025 ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Verbindlichkeiten

gegenüber Kunden um 719,8 Mio. Euro zurückzuführen. Auf der Aktivseite stiegen in der Folge die Forderungen an Kreditinstitute um 279,6 Mio. Euro, die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere um 370,0 Mio. Euro und die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere um 99,9 Mio. Euro.

Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis lag aufgrund der oben beschriebenen Effekte mit 96,3 % über dem prognostizierten Wert in Höhe von 87 %, die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern mit 1,7 % unter dem prognostizierten Wert in Höhe von 3,7 %.

Eine im November 2025 durchgeführte Mitarbeitendenbefragung mit einer Teilnahmequote von 84 % ergab einen SINNdex von 76 %. Damit blieben Mitarbeitendenmotivation, -zufriedenheit und -bindung auf einem weiterhin stabilen und hohen Niveau (Vorjahr: 76%). Die Prognose wird damit erfüllt. Ergänzend zur Mitarbeitendenzufriedenheit analysiert die UmweltBank AG regelmäßig den Personalbestand, die Fluktuation, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit sowie die Aus- und Weiterbildungsaktivitäten. Zum 31. Dezember 2025 beschäftigte die Bank 432 Mitarbeitende (31.12.2024: 376). Die Fluktuationsrate verringerte sich gegenüber dem Vorjahr von 13,3 % auf 12,0 %. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit reduzierte sich leicht auf 4,9 Jahre. Im Geschäftsjahr 2025 entfielen durchschnittlich 3,7 Tage je Mitarbeitenden auf Aus- und Fortbildungsmaßnahmen (Vorjahr: 5,2 Tage). Die Aufwendungen für Personalentwicklung und Weiterbildung beliefen sich auf rund 946 TEUR (Vorjahr: 513 TEUR).

2.4 Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung und der Lage des Konzerns

Insgesamt beurteilt der Vorstand die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage des Konzerns trotz der aktuell herausfordernden Rahmenbedingungen (geopolitische Unsicherheiten, wirtschaftliche Stagnation in Deutschland) im Vergleich zur ursprünglichen Planung als zufriedenstellend, auch wenn das Konzern-Betriebsergebnis vor Steuern mit 3,2 Mio. EUR unter der prognostizierten Spanne von 10 bis 15 Millionen Euro lag. Das Konzern-Betriebsergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden und soll sich im Jahr 2026 weiter verbessern.

Im operativen Geschäft konnte der Planwert beim Zinsergebnis nicht erreicht und beim Provisionsergebnis knapp nicht erreicht werden. Das Finanzergebnis lag wie geplant über dem Vorjahreswert. Sowohl der Personalaufwand als auch der allgemeine Verwaltungsaufwand stiegen stärker als prognostiziert. Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis fiel insgesamt somit schlechter aus als geplant.

Die Vermögenslage des Konzerns zeichnete sich 2025 durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen im Geschäftsjahr übererfüllt wurden.

Dem Kreditrisiko wurde durch Bildung von Risikovorsorge ausreichend Rechnung getragen.

Die Finanzlage und die Liquiditätsausstattung des Konzerns entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

3 Risikoberichterstattung

3.1 Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem des UmweltBank Konzerns wird durch die bankgeschäftlichen Aktivitäten der UmweltBank dominiert. Vor diesem Hintergrund stellt der Vorstand für das Risikomanagement des Konzerns auf das Risikomanagement der Bank ab.

Ein wirksames Risikomanagement bildet eine wesentliche Grundlage für die nachhaltige Sicherung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Vor diesem Hintergrund verfügt die UmweltBank AG über ein ganzheitliches und integriertes Risikomanagementsystem, das darauf ausgerichtet ist, wesentliche Risiken frühzeitig zu identifizieren, sachgerecht zu bewerten sowie angemessen zu steuern, zu überwachen und zu kommunizieren.

Das Risikomanagement ist in die Weiterentwicklung der Geschäfts- und Risikostrategie der UmweltBank AG eingebunden und berücksichtigt die einschlägigen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement liegt beim Vorstand, der durch geeignete organisatorische Strukturen, klar definierte Prozesse und ein regelmäßiges Berichtswesen unterstützt wird.

Ziel des Risikomanagements ist es, die Gesamtrisikoposition der UmweltBank jederzeit transparent darzustellen und sicherzustellen, dass die eingegangenen Risiken in einem angemessenen Verhältnis zur Risikotragfähigkeit stehen. Die Risikotragfähigkeit wird regelmäßig überprüft und bildet die Grundlage für die Limitierung wesentlicher Risikoarten.

Die Identifikation der wesentlichen Risiken erfolgt im Rahmen einer regelmäßig durchgeführten Risikoinventur. In diesem Prozess werden sämtliche relevanten Risikoarten systematisch erfasst, analysiert und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit für die UmweltBank beurteilt.

Nachstehend werden die im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich eingestufteten Risikoarten zunächst in übersichtlicher Form aufgeführt. In den nachfolgenden Abschnitten werden diese Risikoarten jeweils detailliert beschrieben sowie deren Entwicklung und Steuerung im Berichtsjahr 2025 erläutert.

- Kreditrisiken
 - Kreditrisiko Kundengeschäft
 - Kreditrisiko Eigengeschäft
 - Kreditrisiko Beteiligungen
- Marktpreisrisiken
 - Zinsänderungsrisiko
 - Immobilienrisiken
- Liquiditätsrisiken
 - Mengenorientierte Liquiditätsrisiken
 - Preisorientierte Liquiditätsrisiken / Refinanzierungskostenrisiken
- Operationelle Risiken
- Strategische- und Geschäftsrisiken

Risikokonzentrationen innerhalb einzelner Risikoarten sowie risikoartübergreifende Risikokonzentrationen werden in der UmweltBank AG nicht als eigenständige Risikoarten quantifiziert und gesteuert. Sie werden vielmehr als wesentliche Risikotreiber innerhalb der jeweiligen Risikoarten berücksichtigt und im Rahmen der bestehenden Steuerungs- und Überwachungsprozesse angemessen adressiert.

Gleiches gilt für Reputationsrisiken sowie ESG-Risiken, die nicht isoliert, sondern als querschnittliche Einflussfaktoren in den relevanten Risikoarten und deren Unterkategorien identifiziert, beurteilt und in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Die Steuerung und Überwachung der vorstehend dargestellten wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts. Dieses stellt sicher, dass die eingegangenen Risiken jederzeit durch ein angemessenes Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen eingehalten werden.

Die Risikotragfähigkeit der UmweltBank AG wird regelmäßig überprüft und bildet die Grundlage für die Limitierung und Steuerung der wesentlichen Risiken. Die methodischen Grundlagen der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die ergänzenden Stresstestverfahren werden im weiteren Verlauf dieses Kapitels erläutert. Die Berichterstattung erfolgt über den Gesamtbankrisikobericht.

3.2 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist definiert als möglicher Verlust, der sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen eines Kreditnehmers (Kreditrisiko Kundengeschäft) oder Emittenten (Kreditrisiko Eigengeschäft) oder durch Wertänderung einer Beteiligung (Kreditrisiko Beteiligung) ergeben kann.

3.2.1 Kreditrisiko Kundengeschäft

Das Kreditrisiko wird bereits dadurch begrenzt, dass nur die in der Kreditrisikostategie genannten Kreditarten zulässig und für diese wiederum klare Beurteilungskriterien definiert sind. In den Kreditentscheidungsprozess sind, je nach Kreditgröße und Risikorelevanz, entsprechende Kompetenzträger eingebunden.

Zudem wird jeder Kredit mittels des VR-Ratingsystems bewertet, das von der parclT bezogen wird. Dieses System differenziert die Bonität in 25 Ratingklassen, jeder Ratingklasse ist eine Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet. Die Ermittlung erfolgt methodisch mit Einsatz der Ratingverfahren VR-Rating Privatkunden, VR-Rating Firmenkunden / Großunternehmen, VR-Rating Immo sowie VR-Rating Erneuerbare Energien.

Die zur Besicherung der Kredite akzeptierten Sicherheitenarten sowie die Verfahren zur Wertermittlung sind in den internen Organisationsrichtlinien festgelegt.

Im Rahmen der fortlaufenden Kreditüberwachung werden die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer und die Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten regelmäßig (jährlich, im Rahmen der Offenlegung gem. § 18 KWG) und anlassbezogen (im Rahmen der Risikofrüherkennung gem. der in den Organisationsrichtlinien definierten Kriterien) überprüft. Darüber

hinaus verfügt die Bank über ein systemgestütztes Risikomanagementsystem. Auf Basis definierter Frühwarnkriterien erfolgt eine automatisierte Kreditkontoüberwachung und ein Reporting zu schlagend gewordenen Kriterien. Dazu gehören neben der Überwachung von Überziehungen auch ein Screening zu Lastschriftrückgaben, Ratingveränderungen und Ratenrückständen. Über das Reporting werden Vorgänge zu den betroffenen Engagements generiert und dem kundenbetreuenden Mitarbeitenden zur Bearbeitung zugeleitet. Hierdurch sollen sich abzeichnende Risiken frühzeitig aufgezeigt sowie geeignete Maßnahmen ergriffen werden können. Einzelwertberichtigungen werden mittels Szenarioanalysen bzw. anhand des Blankoanteils/Realisationswertes eines Kredits ermittelt. Die Ermittlung des Blankoanteils erfolgt in Abhängigkeit von den Sicherungswerten, die für die entsprechenden Kredite als Sicherheit dienen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung wird regelmäßig eine Messung des Ratingmigrations- und Adressenausfallrisikos für Kundenkredite mittels einer Monte-Carlo-Simulation in Kombination mit einem Value-at-Risk Ansatz auf Basis der Methode Credit-Portfolio-View durchgeführt. Die Bank verwendet für die Risikomessung die Anwendung VR-Control KRM der parcIT, welche das Risikomodell KPM-KG umfasst. In dem barwertigen Kreditrisikomodell werden für jede simulierte Ratingmigration die barwertigen Auswirkungen in die Berechnung einbezogen. Die Bank verwendet für das Modell die Parametersets der parcIT, seit 31.12.2025 auch die Parametersets für die Verlustschätzung, welche vor allem in die Berechnung für BFA 3 und BFA 7 eingehen.

Die Ausfallereignisse sind gemäß der aufsichtsrechtlichen Ausfalldefinition fixiert und werden dementsprechend in die Ausfallklassen des Ratingsystems zugeordnet.

3.2.2 Kreditrisiko Eigengeschäft

Das Ratingmigrations- und Adressenausfallrisiko von Wertpapieren und Forderungen an Banken mit externem Rating **wird über ein Simulationsverfahren nach der Methode „Credit Metrics“ simuliert. Hierbei werden die Wertänderungen durch Veränderung der Bonität sowie die möglichen Wertänderungen auf Basis sich verändernder, marktweiter sowie individueller Credit-Spreads in die Simulation einbezogen.** Die Bank verwendet für die Risikomessung die Anwendung VR-Control ZIABRIS der parcIT, welche das Risikomodell KPM-EG umfasst. Hierüber werden auch die Credit-Spreadrisiken ermittelt.

Für jeden Emittenten wird ein separates Limit vergeben. Die Einhaltung der Limite wird wöchentlich durch eine vom Handel unabhängige Stelle überwacht.

Der quartalsweise erstellte Kreditportfoliobericht stellt das gesamte Kreditportfolio der UmweltBank AG nach Kundengruppen, Ratingklassen, Branchen und Größenkonzentrationen dar. Ausgewertet wird dabei sowohl das Kreditvolumen als auch die Anzahl der Engagements. Im Kreditportfoliobericht werden die Engagements differenziert nach den Lebendklassen (bis Klasse 3e einschließlich) und den Ausfallklassen (ab Klasse 4a) mit den jeweiligen Ausfallwahrscheinlichkeiten dargestellt. Über die Abbildung von Risikovolumen und Blankovolumen und über einen Berichtsteil zu Sicherheitenarten werden die unterschiedlichen Sicherheitenqualitäten im Portfolio transparent dargestellt. Beachtenswerte Engagements (z. B. Großkredite, Beteiligungen, große Intensiv- und Problemkredite etc.) sowie die Entwicklung der

Risikovorsorge werden aufgeführt. Der Kreditportfoliobericht wird dem Vorstand als Ergänzung zum Gesamtbankrisikobericht vorgelegt. Auch der Aufsichtsrat erhält zu jeder Sitzung Informationen über die Risikosituation in schriftlicher und mündlicher Form.

3.2.3 Kreditrisiko Beteiligungen

Als Beteiligung wird die Investition der UmweltBank AG in das Eigenkapital eines anderen Unternehmens verstanden. Ausgenommen hiervon sind Immobilienbeteiligungen der UmweltBank AG, sowie der UmweltProjekt GmbH. Das Beteiligungsrisiko besteht darin, dass Investitionen in Beteiligungen zu Verlusten aus bereitgestelltem Eigenkapital (z. B. bei Abschreibungen oder Veräußerungsverlusten) sowie gegebenenfalls anderen Konstellationen (z. B. vertragliche Nachschusspflichten oder Step-In-Risiken) führen. Die Beteiligungsrisikomessung **basiert auf dem sogenannten „Multiplikatoransatz“, das heißt, dass sich die Risiko- und Performance-Kennzahlen jeder Beteiligung durch Multiplikation des aktuellen Vermögensbarwerts (als Bemessungsgrundlage) mit geeigneten Faktoren ableiten lassen. Relevante Kennzahlen wie der „Value at Risk“ werden durch Multiplikation des Beteiligungswerts mit einem geeigneten Faktor ermittelt.**

3.3 Marktpreisrisiken

In der UmweltBank AG bestehen Marktpreisrisiken insbesondere in Form von Zinsänderungsrisiken und Immobilienrisiken. Aktien-, Währungs-, Rohstoff- und sonstige Preisrisiken werden innerhalb der UmweltBank AG nicht als wesentlich eingestuft.

3.3.1 Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken umfassen in der normativen Perspektive Schwankungen des Zinsüberschusses, in der ökonomischen Perspektive Schwankungen des Barwerts sämtlicher zinstragender Geschäfte der UmweltBank AG.

Zinsänderungsrisiken entstehen in der UmweltBank AG im Wesentlichen aus der Fristentransformation zwischen zinsensitiven Aktiva und Passiva. Diese ergibt sich aus der unterschiedlichen Zinsbindungsdauer sowie der abweichenden Fälligkeitenstruktur von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. Die Fristentransformation ist ein wesentlicher Bestandteil des Geschäftsmodells der UmweltBank AG und trägt zur Erzielung eines stabilen Zinsüberschusses bei.

Aus der Fristentransformation resultieren sowohl Chancen als auch Risiken für die Ertrags- und Vermögenslage. Veränderungen des allgemeinen Zinsniveaus können sich abhängig von Richtung, Höhe und Geschwindigkeit der Zinsänderungen unterschiedlich auf den Zinsüberschuss sowie den Barwert der zinstragenden Positionen auswirken.

Die Steuerung der aus der Fristentransformation resultierenden Zinsänderungsrisiken erfolgt im Rahmen der festgelegten Risikostrategie und unter Berücksichtigung der definierten Limite. Hierbei kommen geeignete Mess- und Steuerungsinstrumente zum Einsatz, die eine laufende Überwachung der Zinsänderungsrisiken sicherstellen. Die Risikosituation wird

regelmäßig analysiert und im Rahmen des Berichtswesens adressatengerecht an den Vorstand berichtet.

Für die Ermittlung der Risikobelastung aus Marktpreisrisiken für die Risikotragfähigkeitsrechnung wird das barwertige Zinsänderungsrisiko der UmweltBank AG über einen Value-at-Risk Ansatz berechnet. Der Value-at-Risk wird mittels einer historischen Simulation ermittelt. Grundlage für die Simulation sind historische Zinsentwicklungen seit 2007, wodurch sowohl Phasen starker Zinsrückgänge als auch starker Zinsanstiege in der Risikoberechnung berücksichtigt werden. Zusätzlich werden gemäß EBA-Guideline zu IRRBB sechs aufsichtlich vorgegebene Szenarien betrachtet und über den Supervisory Outlier Test limitiert. Das Szenario mit dem höchsten Risikowert ist zum Stichtag 31.12.2025 das Szenario „Parallel-Shift aufwärts“.

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 stellt sich die barwertige Risikobetrachtung, welche mit einem regulatorisch vorgegebenen Szenario-Set versehen ist, wie folgt dar:

Barwertiges Zinsänderungsrisiko gem. IRRBB-Leitlinie	Barwertänderung in TEUR	Barwertveränderung in Bezug zum Kernkapital in %
Parallel-Shift aufwärts	-4.600	1,1
Parallel-Shift abwärts	4.743	-1,1
Versteilung der Zinsstrukturkurve	-2.082	0,5
Verflachung der Zinsstrukturkurve	892	-0,2
Kurzfristschock aufwärts	-301	0,1
Kurzfristschock abwärts	897	-0,2

Die Auswirkungen von Änderungen der Zinsstrukturkurve auf die handelsrechtlichen Ergebnisse der UmweltBank AG werden ebenfalls analysiert und berichtet. Dieser Bericht umfasst auch die Wertänderung der verzinslichen Wertpapiere im Eigenbestand der UmweltBank AG und zeigt jeweils die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank für das Jahr 2025 gegenüber dem Basisszenario bei angenommener konstanter Geschäftsstruktur:

Nettozinsertrag gem. IRRBB-Standards	Zinsüberschuss-Änderung in TEUR	Marktwertveränderungen
Basisszenario	53.172	0
Unterschied bei +200 BP	-20.663	0
Unterschied bei -200 BP	20.664	0

Die Messung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt unter Berücksichtigung der einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Ein wesentliches Steuerungskennzeichen stellt dabei das periodische Zinseinkommensrisiko (Net Interest Income – NII ohne Bewertungseffekte) über einen Einjahreshorizont in standardisierten Parallel-Up- und Parallel-Down-Szenarien dar.

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 lag das periodische Zinseinkommensrisiko im ungünstigsten Szenario bei 4,9 % des Tier-1-Kapitals und damit unter der aufsichtlichen Schwelle.

3.3.2 Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko beschreibt das Risiko, dass sich im Fall einer veränderten Marktlage ein Bewertungsbedarf von Immobilien ergeben kann. Das Risiko wird auf Basis der Schwankungen ausgewählter Immobilienindizes abgeleitet. Bei dem Modell handelt es sich um ein Faktormodell, welches Schwankungen des Immobilienwerts über einen Einjahreshorizont simuliert. Dabei werden sowohl systematische Einflüsse als auch davon unabhängige, objektindividuelle Einflüsse auf den Objektwert abgebildet.

Das Immobilienrisiko der UmweltBank AG umfasst neben den im Eigentum befindlichen Immobilien auch die Immobilienbeteiligungen der UmweltBank AG, sowie der UmweltProjekt GmbH, welche im Sinne einer Durchschau mit abgebildet werden.

3.4 Liquiditätsrisiken

Im Rahmen des Liquiditätsrisikos unterscheidet die UmweltBank AG zwischen dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das durch das Liquiditätsdeckungspotenzial gedeckt wird (mengenorientiertes Liquiditätsrisiko), und dem Refinanzierungskostenrisiko, welches in der Risikotragfähigkeitsrechnung durch die Risikodeckungsmasse gedeckt wird (preisorientiertes Liquiditätsrisiko).

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird quartalsweise anhand von Liquiditätsablaufbilanzen und Liquiditätsdeckungspotenzialen in mehreren Risiko-Szenarien ermittelt, indem überprüft wird, ob der strategische Überlebenshorizont eingehalten werden kann. Basis der Risiko-Szenarien bildet die Liquiditätsplanung mit einem Zeithorizont von fünf Jahren, die aus der Mittelfristplanung abgeleitet wird und somit die erwarteten Cashflows darstellt. Für die Risikermittlung wird der kumulierte Netto-Cashflow dem vorhandenen Liquiditätsdeckungspotenzial gegenübergestellt und somit die Zahlungsfähigkeit der UmweltBank AG überprüft.

Das Refinanzierungskostenrisiko, welches über das Risikodeckungspotenzial gedeckt wird, wird über einen Spreadaufschlag auf den Liquiditätscashflow barwertig berechnet.

Für das Liquiditätsmanagement unterhielt die UmweltBank AG zum 31. Dezember 2025 Guthaben bei der Deutschen Bundesbank sowie liquide Pfandbriefe und Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten oder Banken. Wesentliche Refinanzierungsquellen der Bank sind das Einlagengeschäft und die Refinanzierung über Förderbanken, insbesondere KfW und Landwirtschaftliche Rentenbank. Zum Stichtag 31. Dezember 2025 stellt sich die Liquiditätssituation wie folgt dar:

Planszenario	in Mio. EUR
Besonders liquide Mittel (Liquiditätsdeckungspotential)	3.106
Kumulierte Liquiditätsabläufe im steuerungsrelevanten Stressszenario (innerhalb 6 Monate)	1.058

Die Liquiditätsablaufbilanz im Planszenario leitet sich aus der Mittelfristplanung ab und stellt somit den seitens der MaRisk geforderten Refinanzierungsplan dar.

3.5 Operationelle Risiken

Die UmweltBank AG definiert das operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens interner Prozesse, durch menschliches Fehlverhalten, durch Systemausfälle oder aufgrund externer Ereignisse entstehen. Hierzu zählen auch Rechtsrisiken.

Ziel des operationellen Risikomanagements ist es, operationelle Risiken sowie die daraus resultierenden potenziellen Schäden auf ein vertretbares Restrisiko zu begrenzen, sofern entsprechende Maßnahmen unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten wirtschaftlich angemessen sind.

Wesentliche operationelle Risiken bestehen für die UmweltBank AG in den Bereichen Betrugsprävention, Informationstechnologie (IT), Zahlungsverkehr, Projektmanagement sowie im Zusammenhang mit politischen, gesetzlichen oder regulatorischen Entwicklungen im Bankensektor.

Operationelle Schadensfälle werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank erfasst. Diese dient der systematischen Auswertung aller Schadensfälle eines Kalenderjahres und bildet die Grundlage für die Ableitung geeigneter Präventions- und Steuerungsmaßnahmen. Die Behandlung auftretender Schadensfälle ist in die internen Prozesse eingebettet. Hierdurch ist gewährleistet, dass der Vorstand regelmäßig sowie anlassbezogen über relevante Schadensfälle informiert wird.

Rechtliche Risiken werden sowohl durch die Zusammenarbeit mit externen Spezialisten, insbesondere Rechtsanwälten, Notaren, Wirtschaftsprüfern, sowie relevanten Verbänden begrenzt. Darüber hinaus erfolgt eine sorgfältige Auswahl von Geschäftspartnern und Projekten. Die Kundinnen und Kunden werden über potenzielle Risiken, beispielsweise im Zusammenhang mit Wertpapiergeschäften, angemessen aufgeklärt. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden regelmäßig auf ihre Marktüblichkeit hin überprüft.

Im IT-Bereich verfügt die Bank über eine Anbindung an ein externes Rechenzentrum sowie durch eine Backup-Lösung für das Kernbanksystem über ein angemessenes Sicherheitsniveau. Nichtsdestotrotz bestehen Restrisiken, insbesondere infolge von Systemausfällen, fehlerhaft umgesetzten Funktionalitäten oder unzureichender Sicherheitsmaßnahmen. Diese Risiken werden durch eine enge Steuerung und Kontrolle der IT-Dienstleister reduziert. Die Weiterentwicklung des Kernbanksystems aufgrund gesetzlicher Veränderungen erfolgt durch den Dienstleister.

Im Rahmen einer regelmäßig stattfindenden strukturierten Selbsteinschätzung erstellt die UmweltBank AG eine Risikolandkarte. Hierbei nehmen die Abteilungsleitungen und weitere zentrale Stellen prospektive Einschätzungen möglicher operationeller Risikoszenarien vor. Auf diese Weise werden wesentliche Risikotreiber identifiziert und gegebenenfalls geeignete

Minderungs- und Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Für jedes Szenario werden die Eintrittswahrscheinlichkeit sowie die potenzielle Schadenshöhe qualitativ bewertet.

Aus der Gesamtheit der identifizierten Szenarien wird der Risikowert mittels einer Monte-Carlo-Simulation berechnet.

3.6 Weitere Risiken

Im Bereich der weiteren Risiken wurden das strategische und das Geschäftsrisiko als wesentliches Risiko identifiziert. Die Überwachung dieser (Planabweichungs-) Risiken erfolgt im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über den Controllingbericht und im Rahmen von Stresstests. Beim ESG-Risiko, Reputationsrisiko, Modellrisiko, Step In-Risiko sowie dem Ländertransferrisiko handelt es sich um querschnittlich betrachtete Risikoklassen. Für diese erfolgt keine eigenständige Relevanz- und Wesentlichkeitsprüfung. Auswirkungen auf die bereits dargestellten Risikoklassen werden in der qualitativen Wesentlichkeitsprüfung untersucht und berücksichtigt.

3.7 Risikokonzentrationen

Überlegungen zu Risikokonzentrationen und Ertragskonzentrationen sind in der Risikoinventur der UmweltBank AG niedergelegt.

Die mit den Risikoklassen verbundenen Intra-Risikokonzentrationen werden in allen wesentlichen Risikoklassen berücksichtigt. Insbesondere beim Kundenkreditgeschäft sowie bei den Eigenanlagen wird im Kreditportfoliobericht die Einhaltung der Strukturlimite im Zeitverlauf untersucht. Risikokonzentrationen bestehen zum einen in Form von einzeladressenbezogenen Risikokonzentrationen, und zum anderen können Risikokonzentrationen aus der Portfoliostruktur (z. B. Branchenstruktur oder Größenklassenstrukturen) resultieren. Bei der Beurteilung von Risikokonzentrationen ist sowohl eine Betrachtung des Risikovolumens als sicherungsunabhängige absolute Größe, als auch eine Beurteilung des Netto-Blankovolumens erforderlich.

Im Rahmen der Risikoinventur beschäftigt sich die UmweltBank AG auch mit Ertragskonzentrationen. Dabei werden diese anhand der folgenden Dimensionen untersucht:

- Geschäftsspezifika und Produktarten
- Kundengruppen (Privat-/Firmenkunden)
- Branchengruppen (im Firmenkundenbereich)
- Vertriebswege

Diese Ertragsquellen werden im Risikotragfähigkeitskonzept implizit im Planszenario in der normativen Perspektive berücksichtigt. Die identifizierten Ertragskonzentrationen werden im Rahmen der Risikoinventur begründet und dokumentiert. Es bestehen Ertragskonzentration hinsichtlich des Zinsergebnisses, der Branchenfokussierung des Geschäftsmodells sowie der Vertriebswege der UmweltBank AG.

Bei der Beurteilung der Inter-Risikokonzentrationen stützt sich die UmweltBank AG auf die Analysen, die im Rahmen der Risikoinventur vorgenommen wurden. Die potenziellen Zusammenhänge, die zwischen den Risikoklassen Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, Operationelles Risiko und strategisches Risiko bestehen, werden analysiert.

3.8 Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

In der ökonomischen Perspektive werden die wesentlichen Risiken der UmweltBank AG in einer barwertigen Risikokalkulation ermittelt und dem vorhandenen, barwertnahen Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Die Risikoermittlung erfolgt, sofern Value-at-Risk-Modelle eingesetzt werden, mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent und einer Haltedauer von einem Jahr. Die Messung der Risiken in der ökonomischen Perspektive erfolgt regelmäßig auf Basis definierter Szenarien beziehungsweise Modelle.

Durch geeignete Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen wird sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch entsprechendes Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind.

Die Ermittlung der Auslastung der Gesamtbankrisikotragfähigkeit erfolgt durch die Addition der einzelnen Risikoarten. Auf die Berücksichtigung risikoartübergreifender Diversifikations- oder Korrelationseffekte wird bewusst verzichtet, um einen konservativen Ansatz in der Risikotragfähigkeitssteuerung sicherzustellen.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird nicht in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogen, da es nicht sinnvoll durch Risikodeckungspotenzial begrenzt werden kann. Unabhängig davon wird das Zahlungsunfähigkeitsrisiko außerhalb der Risikotragfähigkeitsbetrachtung durch geeignete Risikosteuerungsverfahren berücksichtigt. Hierzu zählen insbesondere die Liquiditätstragfähigkeitsrechnung, die Erstellung einer Liquiditätsablaufbilanz sowie die laufende Überwachung der regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 stellt sich die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive folgendermaßen dar:

	Betrag in Tsd. Euro	Auslastung
Risikodeckungspotenzial	489.264	
Gesamtsumme der Risiken	213.534	43,6%

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 stellen sich die Risiken und Limite in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit wie folgt dar:

Risikoart	Risiko in Tsd. Euro	Limit in Tsd. Euro	Limitauslastung
Kreditrisiken	132.234	215.000	61,5%
Marktpreisrisiken	77.207	130.000	59,4%
Refinanzierungskostenrisiko	0	5.000	0,0%

Operationelles Risiko	4.094	15.000	27,3%
Geschäftsrisiko	0	0	0,0%
Gesamtsumme der Risiken bzw. Limite	213.534	365.000	58,5%

In der normativen Perspektive werden die Kapitalgrößen Kernkapitalanforderung, SREP-Gesamtkapitalanforderung, kombinierte Pufferanforderung und Höchstverschuldungsquote in einem Basisszenario (Planszenario) und einem adversen Szenario ermittelt und den aufsichtlich geforderten Eigenmittelanforderungen gegenübergestellt. Für die gemäß Risikostrategie steuerungsrelevante Gesamtkapitalquote ergaben sich folgende Werte im Planszenario bzw. im adversen Szenario „Schwerer konjunktureller Abschwung (SKA)“:

Szenario		2026	2027	2028
Planszenario (Stichtag 30.09.2025)	Gesamtkapitalquote	16,21%	15,82%	15,56%
Mindestanforderung (OCR+P2G)	Mindestanforderung (OCR+P2G)	15,07%	14,57%	14,57%
Adverses Szenario SKA (Stichtag 30.09.2025)	Gesamtkapitalquote	14,74%	14,15%	12,72%
Mindestanforderung (TSCR)	Mindestanforderung (TSCR)	10,70%	10,70%	10,70%

Die wesentlichen Risiken, die Entwicklung der Risikotragfähigkeit sowie die Auslastung der festgelegten Risikolimite werden im Rahmen des Risikoberichtswesens dargestellt und bilden die Grundlage der laufenden Risikosteuerung. Der Vorstand wird über die Risikosituation fortlaufend sowie bei besonderen Entwicklungen informiert.

Ergänzend zur laufenden Risikotragfähigkeitsanalyse werden regelmäßig sowie anlassbezogen Stresstests durchgeführt. Diese dienen der Beurteilung der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibler Ereignisse auf die Risikotragfähigkeit. Darüber hinaus werden einmal jährlich inverse Stresstests durchgeführt, mit dem Ziel, Extremszenarien zu identifizieren, die die Risikotragfähigkeit vollständig ausreizen könnten. Ergänzend werden Sensitivitätsanalysen zu einzelnen Risikoarten vorgenommen. Die Ergebnisse der Stresstests werden dem Vorstand sowie dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

3.9 Zusammenfassende Beurteilung der Risikolage

Die Risikotragfähigkeit der UmweltBank AG war jederzeit gegeben. Durch die Anbindung an die Atruvia wurden überwiegend die Risikomodelle der parciT eingesetzt und auf dieser Basis die Risikotragfähigkeit ermittelt.

Die UmweltBank AG hält zum Stichtag 31.12.2025 die Eigenmittelanforderungen nach CRR (darunter die SREP-Gesamtkapitalanforderung), die kombinierte Kapitalpufferanforderung nach §10 i Abs. 1 KWG sowie die Eigenmittelempfehlung für alle aufsichtlichen Kapitalquoten ein. In der ökonomischen Perspektive ist die Risikotragfähigkeit der UmweltBank AG zum

Stichtag gegeben, die Summe der Risiken lastet das Risikodeckungspotenzial nur zu 43,6% (Vorjahr: 44,1%) aus.

Seit dem 1. Januar 2025 gelten durch das Regulierungspaket „CRR III“ höhere Eigenmittelanforderungen. Diese wurden bereits in den Planungen des Vorjahres entsprechend berücksichtigt. Im Planszenario, das die UmweltBank AG basierend auf den Daten vom 30.09.2025 erstellt hat, ist die Einhaltung der aufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen im Planungszeitraum durchgängig gegeben.

Für das zusätzlich ermittelte adverse Szenario wurde ein schwerer konjunktureller Abschwung (SKA) gewählt. Das adverse Szenario baut auf dem Planszenario zum 30.09.2025 auf und weist einen spürbaren Einfluss auf die Kapitalausstattung und die Kapitalplanung auf. In diesem Szenario werden die aufsichtlichen Mindestanforderungen an adverse Szenarien (SREP-Gesamtkapitalanforderung) eingehalten. Die Bank hat Maßnahmenbündel erarbeitet, um im Anschluss an den hypothetischen Fall des Eintritts des Stressszenarios die Einhaltung der aufsichtlichen Eigenmittelempfehlung (OCR & P2G) wiederherzustellen.

4 Prognosebericht

4.1 Branchen- und Wirtschaftsentwicklung

Der Konzern wird maßgeblich von den bankgeschäftlichen Aktivitäten der UmweltBank dominiert, die folgenden Aussagen zur Bank gelten daher ebenso für den Konzern.

Die deutsche Wirtschaft sieht sich auch 2026 mit Gegenwind konfrontiert. Weiterhin bremsen unter anderem die im internationalen Vergleich hohen Energiepreise, die Folgen des demografischen Wandels aber auch ein hoher regulatorischer Aufwand die Unternehmen. Neben diesen strukturellen Herausforderungen sieht sich die exportorientierte deutsche Industrie auf den Weltmärkten mit zunehmenden protektionistischen Tendenzen und wachsender Konkurrenz konfrontiert. Hinzu kommen die zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht absehbaren Auswirkungen des Iran-Kriegs auf die deutsche Wirtschaft – so sind seit Ausbruch des Kriegs am 28. Februar 2026 die Öl- und Gaspreise deutlich gestiegen. Nichtsdestotrotz erwarten Experten eine allmähliche Erholung der deutschen Wirtschaft, zum Teil getrieben durch angekündigte staatliche Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur. In ihrer Gemeinschaftsprognose erwarten die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute zuletzt für 2026 (Stand: 1. April 2026) einen leichten Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,6 %. Damit rechnen die Institute mit einer leichten Erholung der Wirtschaft im laufenden Jahr. Getrieben von den deutlich gestiegenen Energiepreisen erwarten die Ökonomen, dass die Inflation in Deutschland im Jahr 2026 auf durchschnittlich 2,8 % (2025: 2,2 %) ansteigen wird. Währenddessen wird eine stagnierende Arbeitslosenquote in Höhe von 6,4 % (2025: 6,3 %) erwartet. Die UmweltBank mit Fokus auf Deutschland erwartet keine direkten negativen Auswirkungen aufgrund des Krieges. Auf Basis der aktuellen Datenlage ist das Kerngeschäft der Bank – die Finanzierung von erneuerbaren Energien und Immobilien in Deutschland sowie das Einlagengeschäft – nicht von den Auswirkungen des Krieges betroffen.

Die EZB hat ihre drei Leitzinssätze seit Juni 2025 unverändert belassen und sieht sich gut gerüstet, um die Inflation auf mittlere Sicht beim Zielwert von 2 % zu stabilisieren – auch wenn kurzfristig aufgrund des Iran-Kriegs ein Anstieg der Inflation auf 2,6 % für 2026 erwartet wird. Die EZB legt sich zum Erreichen des Inflationsziels derzeit nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad fest. Vielmehr entscheidet die Zentralbank bei ihren Sitzungen abhängig von der jeweiligen Datenlage über den angemessenen geldpolitischen Kurs. Für die weitere Entwicklung der Leitzinsen spielen Höhe und Dauer des aktuellen Energiepreisanstiegs und wie sich dieser auf die Verbraucherpreise niederschlägt eine überragende Rolle. Je länger der Konflikt anhält und damit die Energiepreise auf hohem Niveau verharren, desto wahrscheinlicher werden Leitzinsanhebungen. Vor dem Iran-Krieg erwarteten Finanzmarktakteure für das Jahr 2026 überwiegend einen stabilen Leitzins in der Eurozone.

Für 2026 wird eine Stabilisierung des deutschen Immobilienmarktes erwartet, verbunden mit ersten Anzeichen eines Aufschwungs. Laut Marktexperten passen sich die Akteure zunehmend an die neuen Zins-, Kosten- und Regulierungsrealitäten an. Insbesondere profitieren Wohn-, Logistik- und Hotelimmobilien von einer stabilen Nachfrage. Büro- und Einzelhandelsobjekte leiden hingegen weiterhin unter tiefgreifenden strukturellen Anpassungen wie Homeoffice-Trends und einem veränderten Konsumverhalten. Der Neubau von Wohn-

und Gewerbeimmobilien wird nach wie vor gebremst, durch hohe Bau- und Finanzierungskosten sowie eine starke Regulierung. Daher ist 2026 noch nicht mit einer deutlichen Belebung der Neubautätigkeit zu rechnen. Gleichzeitig erwarten Marktbeobachter weiterhin einen Nachfrageüberhang bei Wohnraum und steigende Mieten. Weiterhin übersteigt die Nachfrage deutlich das Angebot an Wohnraum - insbesondere in den Großstädten. Steigende Mieten könnten mittelfristig den Anreiz erhöhen in Neubau zu investieren.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland wird weitergehen, denn er ist politisch erwünscht. Neben einem positiven Beitrag zum Klimaschutz haben regenerative Energiequellen aus Gründen der Energiesicherheit seit Ausbruch des Ukraine-Krieges noch einmal deutlich an Bedeutung gewonnen. Auch der Krieg im Iran und die damit einhergehende Verteuerung von Öl und Gas in kürzester Zeit verdeutlichen nochmals eindringlich die Notwendigkeit einer unabhängigen und regenerativen Energieversorgung. Bis 2030 liegt das Ausbauziel der Bundesregierung für Photovoltaikanlagen bei einer installierten Leistung von 215 Gigawatt (2025: 117 Gigawatt). Bis zum Jahr 2030 sollen Windkraftanlagen an Land mit einer Leistung von 115 Gigawatt installiert sein (2025: 68 Gigawatt).

Der Ausbau der Windenergie an Land in Deutschland für 2026 wird derzeit zwischen 8,0 und 8,5 Gigawatt prognostiziert, was eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Jahr 2025 (5,2 Gigawatt) bedeuten würde. Die Branche ist optimistisch, dass der Zubau weiter deutlich an Fahrt gewinnt. So wurden allein im Jahr 2025 Projekte mit Leistung von 20,8 Gigawatt von den Behörden genehmigt – ein deutlicher Anstieg um fast 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 2026 sollen nach Plänen der Bundesregierung Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 22 Gigawatt gebaut werden. Um das für das Jahr 2030 gesetzlich verankerte Photovoltaik-Ausbauziel in Höhe von 215 GWp zu erreichen, ist ein jährlicher PV-Zubau von rund 20 Gigawatt erforderlich.

4.2 Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage des Umwelt-Bank Konzerns

Der Konzernlagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen über erwartete Entwicklungen. Diese Aussagen beruhen auf aktuellen Einschätzungen und sind daher mit Risiken und Unsicherheiten behaftet, so dass die tatsächlichen Ergebnisse von den im Konzernlagebericht getroffenen Aussagen abweichen können.

Unter dem Strich erwartet der Vorstand der Bank für das laufende Geschäftsjahr 2026 ein voraussichtliches Konzern-Betriebsergebnis vor Steuern zwischen 10,0 und 15,0 Millionen Euro.

Die Konzern-Bilanzsumme wird zum Ende des Geschäftsjahrs 2026 bei rund 8,1 Mrd. Euro erwartet. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr resultiert insbesondere aus einem starken geplanten Wachstum im Privatkundengeschäft. So strebt die Bank einen deutlichen Anstieg der Kundeneinlagen um rund 1 Mrd. Euro an und rechnet für 2026 mit rund 75.000 neuen Kundinnen und Kunden. Für das laufende Geschäftsjahr wird mit der Vergabe neu ausgereicher Kredite in Höhe von 450 Mio. Euro gerechnet.

Der Zinsüberschuss dürfte 2026 auf 56,1 Mio. Euro steigen, getragen von einem starken geplanten Einlagenwachstum und einer verbesserten Positionierung des Treasury-Portfolios sowie dem Ausbau des Kreditneugeschäfts. Das Finanzergebnis wird voraussichtlich über dem Vorjahreswert liegen. Das Provisions- und Handelsergebnis wird mit 12,2 Mio. Euro über Vorjahresniveau erwartet, aufgrund erhöhter Einnahmen im Wertpapiergeschäft und der Kreditvergabe. Im Wertpapiergeschäft sollen die kundenzentrierte Anlageberatung, steigende Vertriebstätigkeiten bei den eigenen Fonds sowie der Ausbau des Emissionsgeschäfts einen substanziellen Beitrag zum Provisionsergebnis leisten.

Für das Jahr 2026 wird mit einem Zuwachs des Personalbestands gerechnet. Folglich wird ein Anstieg des Personalaufwands auf rund 32,5 Mio. Euro erwartet. Die abgeschlossene Transformation sollte sich 2026 in deutlich geringeren Beraterkosten niederschlagen, während der IT- sowie der Marketingaufwand jeweils voraussichtlich leicht steigen werden. Insgesamt ist mit einem deutlichen Rückgang der anderen Verwaltungsaufwendungen auf ca. 35 Mio. Euro zu rechnen.

Aufgrund des Anstieges der Erträge bei gleichzeitiger Reduktion der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen wird mit einer Senkung des Aufwands-Ertrags-Verhältnisses auf einen Wert zwischen 83 % und 88 % gerechnet.

Für die Eigenkapitalrendite vor Steuern wird ein Wert von zwischen 2,6 % und 3,9 % erwartet.

Der SINNdex als Kennzahl für die Zufriedenheit der Mitarbeitenden wird auf dem Niveau des Vorjahres erwartet.

Zur Stärkung des Kernkapitals prüft der Vorstand regelmäßig weitere Optionen, sei es durch eine Kapitalerhöhung oder durch die Ausgabe von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals.

4.3 Risiken

Viele Unternehmen in Deutschland leiden unter den multiplen globalen Krisen und sehen sich mit ungewissen wirtschaftlichen Aussichten konfrontiert. Besonders belastend für den Standort Deutschland wirken die hohen Energiekosten aber auch der Fachkräftemangel. Eine schlechte Wirtschaftslage kann sich insgesamt nachteilig auf die Bankenbranche auswirken.

Im Immobilienbereich sind bei der UmweltBank AG die Finanzierungen von Mietwohnimmobilien, Gewerbeimmobilien und eigengenutzten Immobilien zu unterscheiden. Der überwiegende Teil der finanzierten Mietwohnimmobilien wird zu Kostenmieten unter Marktniveau vermietet. Das macht die Wohnungen auch in Krisenzeiten bezahlbarer. Allerdings kann ein erhöhtes Mietausfallrisiko nicht ausgeschlossen werden. Gewerbeimmobilien sind bei der UmweltBank AG von untergeordneter Bedeutung. Während die Bank das Neugeschäft in der Baufinanzierung eingestellt hat, befinden sich weiterhin Finanzierungen von eigengenutzten Immobilien im Kreditbestand. Aufgrund der bevorzugten Lagen in den Metropolen sowie hohen ökologischen und sozialen Standards sollten die direkten Auswirkungen der

wirtschaftlichen Schwächephase auf die Marktwertentwicklung der finanzierten und beliehenen Objekte weiterhin überschaubar bleiben. Aber mittelfristig kann eine große Wirtschaftskrise zu nennenswerten Ratenrückständen führen. Obwohl die finanzierten Immobilien in der Regel moderat beliehen sind, könnten in Einzelfällen vermehrt die Erlöse aus der Verwertung nicht zur Deckung der Darlehensforderungen ausreichen und somit über höhere Kreditausfälle als bisher üblich auch auf die UmweltBank AG durchschlagen. Die Neugeschäftsrisiken liegen insbesondere in einer anhaltenden Krise der Immobilienwirtschaft begründet. Aber auch politische Entscheidungen, wie der abrupte Stopp von KfW-Förderungen im Jahr 2022, sorgen für Verunsicherung am Wohnungsmarkt. Ebenso haben strengere Anforderungen bei den KfW-Förderprogrammen das Potenzial das Neugeschäft zu bremsen.

Darüber hinaus bestehen Immobilienrisiken im mittelbaren oder unmittelbaren Eigenbestand, bei denen sich im Fall einer veränderten Marktlage ein Bewertungsbedarf ergeben kann.

Ein Risiko sowohl für den Kreditbestand als auch das Neugeschäft im Bereich der erneuerbaren Energien besteht in politischen Änderungen am Förderregime. Insbesondere würde sich eine Verringerung oder gänzliche Abschaffung der Einspeisevergütungsgarantie nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) negativ auf das geplante Neugeschäft auswirken. Der daraus resultierende Vertrauensverlust dürfte massive negative Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft in derartige Projekte haben, was sich auf das Neugeschäft der UmweltBank AG auswirken könnte. Zum aktuellen Zeitpunkt erscheint dieses Risiko allerdings als gering, in Anbetracht der Ausbauziele der Bundesregierung sowie des Ziels der Klimaneutralität bis 2045. Im Neugeschäft ergeben sich darüber hinaus Risiken aus Faktoren, die den Ausbau der erneuerbaren Energien zukünftig beschränken könnten. Zu nennen ist hier einerseits die Netzinfrastuktur, die im Gleichschritt ausgebaut werden muss. Andererseits könnten unterbrochene Lieferketten sowie prinzipiell die Abhängigkeit von Rohstoffen, Technologien und Produkten aus dem Ausland restriktiv wirken.

Die UmweltBank AG will in den kommenden Jahren insbesondere im Privatkundengeschäft stark wachsen und erwartet daraus einen deutlichen Ergebnisbeitrag. Risiken bestehen im traditionell starken Wettbewerb im deutschen Finanzwesen. Dieser wird intensiviert durch den Markteintritt ausländischer Banken aber auch durch die Neugründung von Instituten, wie beispielsweise Neobrokern. In dieser Landschaft hat die UmweltBank AG mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit eine Sonderstellung. Risiken bestehen hier in der öffentlichen und politischen Priorisierung von Nachhaltigkeit. Verliert das Thema an Bedeutung, könnte sich dies negativ auf die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der UmweltBank AG auswirken.

4.4 Chancen

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045. Dabei spielt die Energiewende eine herausragende Rolle. Zur Erreichung der Klimaziele muss der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben werden, was einen enormen Finanzierungsbedarf nach sich zieht. Als Ansprechpartner mit langjähriger nachweisbarer Expertise in der Finanzierung von Windenergieprojekten an Land sowie Photovoltaikanlagen hat die UmweltBank AG sehr gute Chancen vom weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland zu

profitieren. Nicht zuletzt muss der Ausbau mit der Schaffung von Speicherkapazitäten einhergehen. Dieses neue Geschäftsfeld – die Finanzierung von Speichersystemen – wird die UmweltBank AG in den kommenden Jahren sukzessive erschließen.

Auch der Immobiliensektor spielt eine herausragende Rolle zur Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung. Nach mehreren Jahren der Krise hellen sich die Aussichten für die Branche wieder auf – insbesondere da sich die Marktakteure an die neuen Rahmenbedingungen (unter anderem langfristig höhere Finanzierungs- und Baukosten) anpassen. In den kommenden Jahren ist wieder mit einer ansteigenden Baukonjunktur zu rechnen. Insbesondere im urbanen Raum ist ein starker Anstieg der Mieten zu verzeichnen, wodurch der Neubau von Wohnungen für Investoren wieder attraktiver wird. Dabei werden neue Wohn- und Gewerbebauten in Deutschland immer stärker nach ökologischen und sozialen Kriterien geplant und gebaut. Insbesondere die Energieeffizienz hat einen zunehmenden Einfluss auf Attraktivität und Werthaltigkeit von Objekten. Von einem Aufschwung im Immobiliensektor kann die UmweltBank AG durch ihre Spezialisierung auf die Finanzierung von nachhaltigen Immobilien profitieren, wodurch sie auch in den kommenden Jahren eine solide Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen erwartet.

Im Privatkundengeschäft bietet die UmweltBank AG ihren Kundinnen und Kunden ein ausgewähltes Portfolio an nachhaltigen Produkten an – vom Tagesgeldkonto bis zu den UmweltBank-ETFs – und sieht starke Wachstumschancen. Durch das im Jahr 2025 eingeführte Girokonto will die Bank künftig völlig neue Kundengruppen erschließen und darüber hinaus die Cross-Selling-Möglichkeiten erweitern. Durch die ebenfalls im Jahr 2025 eingeführte Anlageberatung strebt die Bank darüber hinaus ein deutliches Wachstum im Wertpapiergeschäft an. Mit den eigenen drei aktiv gemanagten Fonds sowie den zwei ETFs positioniert sich die UmweltBank AG im wachsenden Markt für nachhaltige Fonds. Daneben arbeitet die Bank an der sukzessiven Einführung ergänzender Produkte sowie an neuen Kontomodellen, um das vollständige Ertragspotenzial zu erschließen. Ebenso prüft die Bank potenzielle Partnerschaften im Bereich der nachhaltigen Geldanlage.

5 Nachtragsbericht

Im Geschäftsjahr 2025 wurden Verträge zum Verkauf von zwei Immobilien der Gesellschaft Volksbau 2018 GmbH & Co. KG an externe Investoren unterzeichnet. Der wirtschaftliche Übergang der Immobilien erfolgte im ersten Halbjahr 2026. Außerdem wurden im ersten Halbjahr 2026 weitere Verträge zum Verkauf von Immobilien der Gesellschaften Visavis Wohnungsbau GmbH & Co. KG und Volksbau Freiburg GmbH & Co. KG an externe Investoren unterzeichnet. Der wirtschaftliche Übergang dieser Immobilien wird im weiteren Jahresverlauf 2026 erwartet. Die Transaktionen werden zum Konzernergebnis positiv beitragen.

Nürnberg, den 12. Juni 2026

UmweltBank AG, Nürnberg
Der Vorstand

Goran Bašić
Mitglied des Vorstands

Dietmar von Blücher
Sprecher des Vorstands

Dr. Nicole Handschuer
Mitglied des Vorstands

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die UmweltBank Aktiengesellschaft, Nürnberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Konzernabschluss der UmweltBank Aktiengesellschaft, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der UmweltBank Aktiengesellschaft, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2025 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR

DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Wir haben die folgenden Sachverhalte als besonders wichtige Prüfungssachverhalte bestimmt, die in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen sind:

1. ANGEMESSENHEIT DER EINZELWERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN AN KUNDEN
2. ANGEMESSENHEIT DER PAUSCHALWERTBERICHTIGUNG AUF FORDERUNGEN AN KUNDEN

1. ANGEMESSENHEIT DER EINZELWERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN AN KUNDEN

Sachverhalt

Die Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 2.981,9 Mio. (Vorjahr EUR 3.137,7 Mio.) bzw. 42,4 % (Vorjahr 48,4 %) der Bilanzsumme stellen den größten Vermögensposten im UmweltBank-Konzern dar. Von den ausgewiesenen Forderungen an Kunden wurden unter anderen die gebildeten Einzelwertberichtigungen abgesetzt.

Die Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden sind ein wesentlicher Bereich, in dem das Management Ermessensentscheidungen trifft. Einzelwertberichtigungen werden bei ausfallgefährdeten Engagements als Differenz zwischen den Kreditzusagen bzw. höheren Inanspruchnahmen und den zu erwartenden Zahlungsströmen aus dem Darlehen respektive erwarteten Zahlungsströmen aus den Sicherheiten erfasst. Die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen ist mit

Unsicherheiten verbunden und beinhaltet verschiedene Annahmen und Einflussfaktoren, insbesondere in Bezug auf die Einschätzung der Finanzlage der Schuldner, die Erwartungen zu künftigen Zahlungsmittelflüssen sowie die Bewertung der gestellten Sicherheiten. Veränderungen in den Annahmen können zu deutlich veränderten Wertansätzen führen.

Das Risiko für den Konzernabschluss besteht darin, dass notwendige Einzelwertberichtigungen nicht rechtzeitig identifiziert oder nicht in angemessener Höhe gebildet werden. Vor diesem Hintergrund haben wir die Angemessenheit der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen im Rahmen unserer Abschlussprüfung als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt eingestuft.

Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung von Forderungen an Kunden inkl. der Bestimmung von Einzelwertberichtigungen sind im Konzernanhang unter dem Kapitel „II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ dargestellt.

Prüferische Reaktion

Wir haben die Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die wesentlichen, rechnungslegungsrelevanten Kreditprozesse beurteilt. Dies umfasst insbesondere die Kreditüberwachung, die Intensivbetreuung und Problemerkreditbearbeitung, die Identifikation von Wertberichtigungsbedarfen dem Grunde nach sowie die Prozesse zum Rating sowie der Prozess der Analyse der Informationen zur wirtschaftlichen Lage der Kreditnehmer und der Bewertung der Sicherheiten.

Darüber hinaus haben wir in einer risikoorientiert ausgewählten Stichprobe aussagebezogene Prüfungshandlungen vorgenommen und hierbei die Angemessenheit der ermittelten Einzelwertberichtigungen beurteilt. Hierfür haben wir zunächst auf Portfolioebene analytische Prüfungshandlungen durchgeführt und die Erkenntnisse bei der risikoorientierten Auswahl der Kreditengagements anhand der Kriterien „erhöhtes Risiko“, „Ausfallrating und Blankoanteil“, „Kreditvolumen“ sowie „Neugeschäft“ und „Branche“ der Kreditnehmer berücksichtigt.

Im Rahmen der Stichprobenprüfung haben wir die wesentlichen Annahmen der Bank nachvollzogen. Dies beinhaltet die Überprüfung der individuellen Schätzungen zu den erwarteten künftigen Rückflüssen, einschließlich der Rückflüsse aus der Realisierung von Kreditsicherheiten. Dabei haben wir externe Wertgutachten in Einzelfällen durch eigene Spezialisten plausibilisieren lassen. Die Beurteilung des rechtlichen Bestandes von gestellten dinglichen und persönlichen Sicherheiten erfolgte anhand von Verträgen und Grundbuchauszügen.

2. ANGEMESSENHEIT DER PAUSCHALWERTBERICHTIGUNG AUF FORDERUNGEN AN KUNDEN

Sachverhalt

Von den Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 2.981,9 Mio. (Vorjahr EUR 3.137,7 Mio.) bzw. 42,4 % (Vorjahr 48,4 %) der Bilanzsumme wurden unter anderem auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen gebildete Pauschalwertberichtigungen abgesetzt. Vor dem Hintergrund der

Bedeutung der Forderungen an Kunden für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellen auch die Pauschalwertberichtigungen auf diese Vermögensposition einen wesentlichen Faktor für das Verständnis des Konzernabschlusses dar.

Die Bildung von Pauschalwertberichtigungen auf die nicht einzelwertberichtigten Kredite ist ein wesentlicher Bereich, in dem das Management Ermessensentscheidungen trifft. Die UmweltBank folgt bei der Ermittlung und Bemessung von Pauschalwertberichtigungen dem IDW RS BFA 7. Aufgrund der angenommenen Ausgeglichenheitsvermutung zum Zeitpunkt der Kreditausreichung und der Folgebewertung bezogen auf den erwarteten Verlust und der Bonitätsprämie berücksichtigt die Bank vereinfachend den erwarteten Verlust auf Basis von 12 Monaten. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt mittels eines parameterbasierten Expected-Loss-Modells auf Basis der erwarteten Kreditverluste. Die diesbezüglichen Ermessensentscheidungen umfassen unter anderem die Auswahl des verwendeten Modells für die Wertermittlung (Geeignetheit des Modells) und die im Modell verwendeten Schätzparameter. Dieses Vorgehen ist mit Unsicherheiten verbunden und beinhaltet verschiedene Annahmen und Einflussfaktoren, insbesondere in Bezug auf die Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten. Veränderungen in den Annahmen können zu deutlich veränderten Bewertungen führen.

Das Risiko für den Konzernabschluss besteht darin, dass notwendige Pauschalwertberichtigungen für latente Kreditrisiken nicht in angemessener Höhe gebildet werden. Vor diesem Hintergrund haben wir die Angemessenheit der Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen im Rahmen unserer Abschlussprüfung als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt eingestuft. Die Angaben der Gesellschaft zu den Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft sind im Anhang unter den Kapiteln „II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“ und „III. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung“ dargestellt.

Prüferische Reaktion

Wir haben die Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die wesentlichen, rechnungslegungsrelevanten Prozesse beurteilt. Im Fokus standen dabei die parameterbasierte Berechnung der Pauschalwertberichtigungen sowie die Modellvalidierung.

Im Einzelnen haben wir die wesentlichen Annahmen im Rahmen des Wertberichtigungsprozesses nachvollzogen. Dabei haben wir die Herleitung der PDs aus dem korrekten Rating-Modul (VR-Control), die Ableitung der LGD aus den historischen Daten der UmweltBank einschließlich der angewendeten Abschläge beurteilt.

Darüber hinaus haben wir auf Basis einer risikoorientierten Stichprobe die rechnerische Richtigkeit der Pauschalwertberichtigungen nachvollzogen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS UND DEN KONZERNLAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung des Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den

bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese

Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- planen wir die Konzernabschlussprüfung und führen sie durch, um ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftsbereiche innerhalb des Konzerns einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 27. August 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 10. Oktober 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2024 als Abschlussprüfer des Konzernabschlusses der UmweltBank tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Olga Lingner-Fink.

Berlin, 12. Juni 2026

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



QES Qualifizierte elektronische Signatur - Deutsches Recht

Eisenhuth
Wirtschaftsprüfer



QES Qualifizierte elektronische Signatur - Deutsches Recht

Lingner-Fink
Wirtschaftsprüfer





UmweltBank AG

Laufertorgraben 6
90489 Nürnberg

Service für Privatanleger

☎ 0911 5308-2030

✉ wertpapiere@umweltbank.de

**Service für Pressevertreter,
Investoren und Analysten**

☎ 0911 5308-1305

✉ ir@umweltbank.de

Veröffentlichung: 19. Juni 2026